

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

49. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, auschl. Postbestellgebühr. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 28. März 1911.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 35.

Das Abonnement auf den „Korrespondent“

kann monatlich, zweimonatlich und vierteljährlich bewirkt werden, und zwar nur bei der Post. Die Bestellungen sind rechtzeitig anzugeben, da Nachlieferungen nicht stattfinden. Wer sich über die Vorgänge auf allen Gebieten des Buchdruckgewerbes in Deutschland und im Ausland auf dem schnellsten Wege unterrichten will, muß Leser des dreimal wöchentlich erscheinenden „Korr.“ sein. Das Organ des Verbandes der Deutschen Buchdrucker ist das älteste Gewerkschaftsblatt in Deutschland. • Ein Buchdrucker-gehilfe ohne den „Korr.“ hat seine Zeit nicht begriffen. Bezugspreis nur 22, 44, 65 Pf. (ohne Bestellgeld).

Zu den Anträgen für die Generalversammlung.

Da der Redaktionsfelsenmann meinen ersten Artikel das Licht der Nacht (? Red.) hat erblinden lassen, weil ich ein wenig zu groß geworden war, so habe ich mich nicht entnütigen lassen, noch einmal einige Zeilen vom Stapel zu lassen, und zwar zu obigem Thema. Wenn man sich dieses Labyrinth von Anträgen besieht, so muß man sich doch unwillkürlich fragen, in welcher Zeit dieselben eigentlich ihre Erlebigung finden sollen, und ob es nicht bequemer ist, wenn wir uns die Kosten für solche unnützen Diskussionen lieber sparen. Es ist unnötig, auf jeden einzelnen Antrag einzugehen und schließlich auch nicht nötig: „Mit‘r hat es vor allen Dingen einmal die Überstundensteuer der Leipziger und der Mindener angetan. Also erst eine Überstundensteuer von Staats wegen (was doch jedenfalls schon eine traurige Tatsache ist) und nun eine von Verbands wegen! Die sich das allerdings zusammenreimen soll, ist mir vorläufig ein typographisches Rätsel. Daß Überstunden besonders in Fahrplanbetrieben nun einmal nicht zu umgehen sind, wird doch wohl niemand bestreiten, abgesehen davon, daß das noch lange keine Hunderte zu sein brauchen. Nun sollen diese paar Groschen noch besteuert werden, die doch jeder Minimumsnecht bei 5 Proz. Sozialzuschlag ganz gern im Jahr einmal mitnimmt. Das wird ja wohl hoffentlich glatt abgelehnt werden.

Dann möchte ich auf einen andern Punkt zu sprechen kommen, und zwar auf den der Unterstützungsverbände. Hier liegen allerhand Anträge vor in bezug auf die Kranken-, Reiseunterstützung usw. Manchmal soll auch eine Erhöhung des Beitrags das Kraut fett machen. Da ist nun zweifellos der Antrag des Zentralvorstandes der vernünftigste. Denn wenn unsere Unterstützungsverbände noch nicht genug ausgebaut sind, dann ist uns wirklich nicht mehr zu helfen.

Ich möchte denn doch einmal fragen: Wie kann denn überhaupt ein moderner Gewerkschafter in einer so überaus ernsten Situation in einem Atemzuge von dem Prinzipal auf der einen Seite mehr Lohn und vom Verband auf der andern Seite mehr Unterstützung verlangen? Das ist doch jedenfalls ein Wild, welches schon lange keinen Anspruch darauf machen kann, eingerahmt zu werden, und meines Erachtens auch ein Zeichen, daß sich viele Kollegen der schweren Zeit, der sie entgegengehen, gar nicht bewußt sind. Darum wäre es jedenfalls richtiger gewesen, wenn man der Generalversammlung mehr Zeit ließe zwecks Stellungnahme zur Tarifrevision. Hoffentlich werden die Delegierten dies berücksichtigen und dann ist der Zweck dieser Zeilen erfüllt.

Saarbrücken.

K. K.

Zwei Leipziger Anträge.

Aus den vielen zur Generalversammlung gestellten Anträgen, die von ihren Vätern wohl alle als zweckmäßig und sogar notwendig erachtet werden, deren Mehrzahl aber voraussichtlich abgelehnt wird, möchte ich zwei hervorheben, weil sie bedeutungsvoll sind für die Zukunft unseres Verbandes sowie für die Entwicklung der Arbeiterbewegung überhaupt.

Jeder Einsichtige weiß, daß die Lage der arbeitenden Klasse immer schwieriger wird. Alle Lohnerhöhungen, so anerkenntenswert sie auch sind, kommen in letzter Linie

durch Steigerung der Mieten und Verteuerung der Lebensmittel wieder den Besitzenden zugute. Auch die politische Betätigung, deren Notwendigkeit durchaus nicht bestritten sein soll, kann wenig Erfolge bieten, solange wir uns nicht auf wirtschaftliche Macht stützen können. Dies ist eigentlich selbstverständlich. Und doch wird es meistens nicht bedacht, auch von solchen nicht, die sich auf ihren historischen Materialismus etwas zugute tun. Da zimmert man in der Luft an der schönen Kuppel herum, ohne an das ökonomische Fundament zu denken.

Gewiß, die Arbeiter haben schon einen Teil wirtschaftlicher Macht. Als Produzenten bilden sie in ihren Gewerkschaften einen Faktor, mit dem gerechnet werden muß. Aber ihre gewaltigen Kräfte als Konsumenten haben sie kaum erkannt und vielfach noch zersplittert. Dieser Vorwurf wird auf die Buchdrucker weniger zutreffen, wenn die in „Korr.“ erschienenen vorzüglichen Artikel über Genossenschaftswesen ihren Zweck nicht verfehlt haben. Nun ist aber der Kapitalismus so mächtig, daß wir alle verfügbaren Kräfte gegen ihn mobilisieren müssen. Nicht nur die politische, gewerkschaftliche und konsumgenossenschaftliche Tätigkeit ist notwendig, sondern wir dürfen ihm nicht noch die Mittel liefern, womit er uns um so mehr niederkniet. Das tun aber unsere Organisationen, indem sie ihre Vermögen in Staatspapieren und ähnlichen kapitalistischen Werten anlegen, anstatt die wirtschaftliche Macht der Arbeiterklasse zu sichern und zu vergrößern. Das muß anders werden, wenn wir schneller zum Ziele kommen wollen.

Aus diesem Gedankengange heraus entstanden wohl die Anträge zum § 33. Noch weitergehend als die Anträge von Jena, Nürnberg und Berlin ist der Leipziger Antrag, der auch von Kottbus und Nürnberg a. S. unterstützt wird und folgendermaßen lautet: „Das Verbandsvermögen soll statt in Staatspapieren oder kapitalistischen Werten nach Möglichkeit in genossenschaftlichen Betrieben angelegt werden — selbstverständlich unter Wahrung der Aktionsfähigkeit der Gewerkschaft. In erster Linie sind die dem Zentralverband und der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine angehörenden Genossenschaften zu berücksichtigen. Die Generalversammlung empfiehlt auch den Gau-, Bezirks- und Ortsvereinen die genossenschaftliche Anlage ihrer Gelder.“ Man wird nun vielleicht einwenden, daß es mehr als leichtsinnig sei, unser Vermögen in genossenschaftlichen Betrieben festzulegen, erstens wegen der Unsicherheit dieser Anlage, zweitens wegen Unterbindung unserer Aktionsfähigkeit. Der erste Einwand läßt sich mit Tatsachen zurückweisen, besonders mit den Bilanzen der dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine und der Großverkaufsgesellschaft angehörenden Genossenschaften. Übrigens liegt es ja auch an den Mitgliedern und Gewerkschaften selbst, ob die Genossenschaften kapitalistisch sind. Oder haben wir zu den preussischen, mecklenburgischen usw. Staaten mehr Vertrauen als zu uns selbst? Ferner kann von Lähmung unserer Aktionskraft keine Rede sein. Vorläufig gilt noch der Beschluß der Generalversammlung in Weimar, wonach ein bestimmter Teil unsres Vermögens als Reservefonds für die Invaliden bestimmt ist. Die Festlegung dieser Summe kann uns aber in unserer Aktionsfreiheit nicht hindern. Wenn alle Gewerkschaften dazu gekommen sein werden, ihre 50–60 Millionen genossenschaftlich zu engagieren, würde das den Lohnkämpfen nicht hinderlich sein. Wenn nur erst der Wille da ist, dann gibt es mehr als einen Weg. Und unsern Finanzminister wie unsern Gaubankiers traue ich schon soviel Sündigkeit zu, daß sie mich als Zweifler nicht erst brauchen.

Unser zweiter Antrag: „Der Verbandsvorstand wird beauftragt, den korporativen Anschluß des Verbandes an die Kulturgesellschaft Ernst Abbe (Gesellschaft für genossenschaftliche Kultur) in die Wege zu leiten.“ Ist nach dem oben Ausgeführten eine Selbstverständlichkeit. Wenn wir die Verteuerung und den Ausbau des Genossenschaftswesens wünschen und die kapitalistische Moral bekämpfen wollen, ferner der Arbeiterkraft ihre wirtschaftliche Macht zum Bewußtsein bringen möchten, dann müssen wir solche Organisation, die das alles bezweckt, moralisch unterstützen. Und das tun wir, wenn der Verband der Kulturgesellschaft Ernst Abbe korporativ beiträgt.

Erfreulicherweise hat sich ja auch das Einverständnis mit den Vertretern der Kulturgesellschaft gezeigt, als ich erster Vorsitzender, Herr Trens, im letzten Jahr in vielen Ortsvereinen Vorträge hielt. Mehrere Vereine sind korporative Mitglieder geworden. Durch die Mahnung der Gauvorsteherkonferenz, man möge dem Ver-

bande den korporativen Anschluß überlassen, wurde dann Halt geboten. Nun ist die Zeit gekommen, und unsere maßgebenden Instanzen werden die Sache wohl genügend geprüft haben, ob sich der Beitritt empfiehlt. Jedenfalls kann es nicht mehr so weiter gehen, daß einem Teile der Mitgliederschaft die Zugehörigkeit zur Kulturgesellschaft gestattet ist, dem andern Teil aber nicht. Und ein Zurück der beigetretenen Vereine wird wohl kein ehrlieh denkender Gewerkschafter verantworten können. Wenn aber das allgemeine Verständnis für die Sache noch nicht so weit gediehen sein sollte, um einen korporativen Beitritt des Verbandes durchzusetzen, so wird man doch mindestens den einzelnen Orts- oder Bezirksvereinen keine Schranken mehr in den Weg des Fortschritts stellen.

Eine reichhaltige und bedeutungsvolle Arbeit harzt unsrer Abgeordneten. Möchten sie sich soviel wie möglich über alle Wünsche orientieren und das nötige Material studieren, damit sie ihrer Aufgabe gewachsen sind, dann werden ihre Entschlüsse unsern Verbands zum Wohl und zur Ehre gereichen, nicht zuletzt auch die Annahme der beiden von mir erörterten Leipziger Anträge.

Otto Ebert.

Kulturgesellschaft Ernst Abbe.

Wenn ich mir in einer Zeit, in der Verbandsgeneralversammlung und Tarifrevision und die damit zusammenhängenden Fragen und Aufgaben das Interesse und die Aufmerksamkeit der Organisation fast ausschließlich in Anspruch nehmen, das Wort im „Korr.“ zu obigem Thema erlaube, so glaube ich damit der Kollegenchaft eine weitere zu den bereits öffentlich zur Diskussion gestellten Fragen vorzulegen, die unabweisbar ein nicht minder großes Maß von Beachtung verdient und diese nach näherer, tieferer Beschäftigung mit ihr wohl auch bei einem großen Teil unsrer Kollegen finden dürfte, zumal die auf ihr beruhenden Bestrebungen mit denen der Organisation in gewissen Zusammenhänge stehen, diese nur noch wirksamer gestalten und fördern will.

Ermutigend haben hierbei verschiedene Anträge zur Generalversammlung auf mich eingewirkt, die teils den korporativen Anschluß des Verbandes an die Kulturgesellschaft Ernst Abbe zum Gegenstande haben, teils diesem Gedanken näher kommen, indem sie Verbandselder statt in kapitalistischen mehr in genossenschaftlichen Werten angelegt wissen wollen. Daß zu ersterem Antrag unsre bedeutendste Druckstadt Leipzig die Initiative ergriffen hat, läßt unsre dortigen Kollegen in hervorragendem Maß als von hohen ethischen Aufgaben durchdrungen und ihnen weitgehendes Verständnis entgegenbringend erscheinen; zeigt, daß das Interesse für die gemeinnützigen Bestrebungen der K. E. A. weitere Kreise erfaßt hat und gibt der ganzen Bewegung eine besondere Bedeutung. Ich bin allerdings nicht optimistisch genug, zu glauben, daß die Generalversammlung schon gleich den korporativen Anschluß tätigen bzw. den Verbandsvorstand hiermit beauftragen wird, und zwar aus verschiedenen Gründen.

Den ersten Platz bei den Verhandlungen der Generalversammlung wird unstreitig die Tarifrevisionsdebatte einnehmen, und diese allein wird den überwiegend größten Teil der Tagungszeit für sich in Anspruch nehmen. Und das mit Recht. Hier erwartet die Kollegenchaft von der obersten Verbandsinstanz, daß sie unter voller Berücksichtigung aller in Betracht kommenden gewerblichen und allgemein-wirtschaftlichen Verhältnisse und im Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit der Organisation die Wege vorgezeichnet, die gegangen werden müssen und die dem Willen der Gesamtheit am meisten entsprechen. Den Delegierten in Hannover ist es also durch ihre Wähler in die Hand gegeben, zu bestimmen, wohin dieser Weg führen soll und was zu geschehen hat. Bei allen ihren Entschlüssen muß das reifste Vertrauen der Gesamtheit ihnen stehend zur Seite stehen.

Naturgemäß werden gegenüber diesem eminent wichtigen Beratungsgegenstand alle andern mehr oder weniger in den Hintergrund gedrängt. Das hätte vor allem bei den Anträgen zu den einzelnen Unterstützungsvereinen etwas mehr mitbestimmend hervortreten dürfen. Einen deutlichen Fingersatz gibt hier der Antrag des Zentralvorstandes! Sehr wohlthuend und wohl vielen aus der Seele gesprochen, läßt sich hierzu der Kollege König aus Gottesberg aus., und auch die Redaktion zollt ihm Beifall. Daß Kollege König mit seiner beachtenswerten Auffassung nicht allein steht, beweisen die dem Antrage des

Verbandsvorstandes fast gleichlautenden und dasselbe bezweckenden Anträge aus Bonn (persönlich nicht veröffentlicht), Wierzen, Götze, Düsseldorf und Erlingen.

Damit ist nun gleichzeitig gesagt, daß auch für die Anträge, die die K. E. A. betreffen, leider recht wenig Zeit übrig bleiben dürfte. Bei dem immerhin einem größeren Teile noch ziemlich unbekanntem Schema, wie es die K. E. A. in ihrer Vielseitigkeit darstellt, und bei der großen Bedeutung, die ihr in wirtschaftlicher, sittlicher und kultureller Hinsicht beizumessen ist, wäre aber eine eingehendere Behandlung der Materie unbedingt notwendig. Auch scheint man sich hier oder da noch ängstliche Zurückhaltung aufzuwerfen, trotzdem man von den individuell und sozial veredelnd wirkenden und dementsprechend wirtschaftlich ausrichtsrichtigen Bestrebungen der K. E. A. überzeugt ist, nur um nach keiner Seite anzudehen. Auf der andern Seite ist man noch zu wenig in den Gebanten dieses kapitalistische System ablösen wollen sozialwirtschaftlichen Systems eingebunden. (Ausschlüßschriften über die Bestrebungen der K. E. A. wolle man von der Geschäftsstelle: Jena, Kahlaer Straße 130, verlangen.) Heute, im Zeitalter des Genossenschaftswesens, ist es gerade für die Gewerkschaften unerlässlich, mit den Genossenschaften zusammenzuwirken. Die K. E. A. erstrebt aber die Vererbung des jetzigen Genossenschaftswesens, den Zusammenschluß aller verfügbaren brauchbaren Kräfte, um sie der Allgemeinheit dienlich zu machen. Also nicht Konkurrenz, sondern Förderer, Ausbauer der schon bestehenden Genossenschaften will die K. E. A. sein. Daran mitzuarbeiten, sollte sich jeder fortgeschrittene und fortschrittlich gesinnte Arbeiter zur Ehrenpflicht anrechnen, zumal auch dauernder politischer Einfluß, wie uns die Geschichte lehrt, undenkbar ist ohne starke wirtschaftliche Macht.

Der bekannte Genossenschaftsführer U. v. Elm hat bereits vor zehn Jahren dieselben Ideen vertreten, indem er 1901 schrieb: „Es gilt nicht nur, die politische Macht unsern Gegnern zu entreißen, sondern ebenso notwendig ist es, die wirtschaftliche Macht allmählich zu erobern. Ohne diese ist es ganz undenkbar, zum Ziele zu gelangen. . . .“ Und selbst der sozialdemokratische Theoretiker Rautsky erklärt in seiner Broschüre „Konsumvereine und Arbeiterbewegung“ die Genossenschaften für beruflich, früher oder später eine wichtige Rolle im Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse zu spielen! Heute, bei dem scharf ausgeprägten Herrschen des Kapitals, sind diese Ansprüche der Weisheit seitens des Arbeiters besonders wert! Die K. E. A. will ihn auf dem Wege des gemeinsamen uneigennütigen wirtschaftlichen Zusammenwirkens zur Lösung dieser hohen Aufgabe fähig machen.

Möge also unsere Organisation, die so oft tonangebend im Gewerkschafts- und Arbeiterleben gewesen ist, auch hier beweisen, daß sie stets da helfend eingreift, wo es gilt, die Aufwärtsentwicklung des einzelnen und der Gesamtheit der Arbeiterklasse zu fördern! Möge sie durch ihre Vertreter auf der Generalsammlung nach Etablierung der uns zunächst beruhigenden organisatorischen und tariflichen Fragen erklären lassen, daß sie, wenn auch noch nicht durch korporativen Anschluß, so doch wenigstens moralisch die gemeinnütigen kulturellen Bestrebungen der K. E. A. unterstützen will, folgend dem bekannten Förderer des Genossenschaftswesens, Professor Staubinger, der von den Genossenschaften Beteiligung verlangt im Sinne des Wahlspruchs: „Alles für das Ganze und mein Vorteil nur durch das Ganze“.

Bonn.

H. Balbus.

Gewerkschaftsrevue.

Im Reichstage wollten abermals die Rufe nach einer ausnahmerechtlichen Behandlung der „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften nicht verstummen. Ein direktes Ausnahmegesetz genieren sich zwar die Herren Camp, Ding und Besinnungsgegnen zu verlangen. Wenn sie aber die Gesetzgebung, das Unternehmensrecht und die ganze bürgerliche Gesellschaft aufrufen, „dem Despotismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften entgegenzutreten“, so läuft ihr Geschrei, das auch in dem national-liberalen Abgeordneten Dr. Stresemann, dem rührigen Interessenanwalt der sächsischen Industriellen, einen Nachbeter hat, doch unzweifelhaft auf das gleiche Ziel hinaus. Der unentwegte Gewerkschaftsgegner Camp brachte es sogar fertig, ein Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen als kein Ausnahmegesetz zu bezeichnen, sondern „ein zum allgemeinen Besten zu schaffendes Gesetz“ zu nennen. Als dieser alte Reaktionsröhrer erklärte, die Staatsregierung dürfe nicht tatenlos bleiben gegenüber der Boykottierung der nichtorganisierten Arbeiter, und ihm zugurufen wurde, daß die Arbeitgeber und er selbst (als Mitbesitzer der jede Organisationsform verachtenden Bayerischen Farbenfabriken bei Elberfeld) ja dasselbe tun — und das wirklich nicht zu knapp —, hatte er die Stimm, zu sagen: „Ja, das ist doch etwas ganz andres!“ Trotz aller Ablehnungen und ungeachtet der in den letzten Monaten erhaltenen bitteren Lehren, stacheln also diese Staatsstülpchen die gesetzgebende Körperschaft des Reichs und auch die Richter immer von neuem zu Handlungen auf, die den Klassenkampf verschärfen und dem bösen Worte von der Klassenjustiz Selbsterfüllung in Deutschland verschaffen müssen. Wegen die Bestia humana, wie vor etlichen Jahren ein Blaublütiger im preussischen Herrenhause die breite Volksmasse zu betiteln für gut fand, ist der Reaktionsröhrer bestes Rezept eben das Ausnahmeverbot. Wegen Demokraten helfen nur Soldaten, lautete früher ihrer Weisheit letzter Schluß.

Mehr und mehr wird im Reichstage wie in den größeren Einzellandtagen das Hineintragen des Streits um die Gewerkschaftsrichtung in den Parlamentsaal eine Spezialität. Der Kampf zwischen den freien und christlichen Gewerkschaften führt dadurch zwar eine im Interesse der Arbeiterklasse sehr zu bedauernde Verschärfung, aber er ist nun einmal auch in dieser Form nicht zu vermeiden. Die christlichen Gewerkschaften werden nämlich nun auch von andern Parteien in ihrer ihnen vom Zentrum gelehnten Zweckbestimmung, einen Damm gegen die rote Flut zu bilden, erkannt, nachdem die Christlichen nach einigen mannhaften Anläufen so zahlreich geworden sind, daß Regierung und die rechtsstehenden Parteien Wohlgefallen an ihnen haben können. Wenn nun die Ding und andre reichsparteiliche, konservative oder auch nationalliberale Genossen sich mehr oder weniger rüchthaltlos ins Zeug legen für die Zentrumsgewerkschaften, so sind doch die Zusammenstöße zwischen den Vertretern beider Richtungen selbst kein Wunder. Daran hat es in den jüngsten Debatten nun keineswegs gefehlt, und auch im preussischen Landtage bekamen die von Zentrumsgnaden gewählten Gewerkschaftler manches zu hören, was für ihre und ihrer Partei Vertretung von Arbeiterinteressen gar nicht empfehlenswert war. Im Reichstage kennzeichnete zum Beispiel der Bergarbeiterführer Saage die Tätigkeit christlicher Arbeitersekretäre in der Reichsversicherungscommission als nichts weniger denn arbeiterfreundlich. Herr Johannes Giesberts, unter den christlichen Arbeiterabgeordneten und den christlichen Gewerkschaftsführern noch der fähigste Kopf, zugleich aber auch ein Meister in den Künsten der höheren M. Glabacher Demagogie, hatte zuvor das ganze Sündenregister der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie aufgeschlagen. Es ist nicht mehr zu merken von jenem vor einigen Jahren von ihm mit Nachdruck vertretenen Standpunkte, daß der Kampf gegen die Sozialdemokratie nicht Aufgabe der christlichen Gewerkschaften wäre, vielmehr dies jenen überlassen bleiben müsse, die die Sozialdemokratie förmlich züchten. Wie Herr Giesberts ja schon noch andere und ebenso auffällige Frontänderungen vorgenommen hat, und das oft in kurzer Zeit. Die neuere gegenüber den katholischen Fachabteilungen ist die jammervollste. Auch bezüglich des Gutenbergs war Herr Giesberts früher ganz andern Sinns und mit ihm die großen Gewerkschaftsstrategen christlicher Couleure insgesamt. Heute schreit Meister Johannes mit den Reaktionsröhrern Ding und Camp in die Arena, zeternd über den Terrorismus der freien Gewerkschaften, operiert mit der bei den Musterchristen gegenwärtig hart zurückenden Banalität: „Erst rot, dann rot, und ohne Rot kein Brot“, und glaubt die augenblicklich von den M. Glabachern heiß ersehnte Gunst aller Schärpmacher bestimnt zu erlangen, wenn auch er sein Sprüchlein über die ominösen Monopolverträge und — was ihm und seinesgleichen gewiß nicht übersehen geht — über den Verband der Deutschen Buchdrucker herabsetzt. Einem bisherisch veranlagten Kollegen hat diese Giesbertsche Leistung zu einem Hymnus auf Johannes den Großen Anstoß gegeben. Wir besorgen aber, daß der sehr ehrgeizige Herr Giesberts das verlehrt aufweist und sein Dinkel dann nur noch größer würde. Lassen wir den Mann über unsere Organisation auch im Reichstage seinen Roll baweln! Der Verband ist ja nicht zum ersten Male Gegenstand parlamentarischer Dispute. Geschaubet hat es ihm nicht, genügt haben aber dem Gutenbergs die Liebschöpfung von der Reichstagstrübe aus noch viel weniger. Und wenn ihm sämtliche rückwärts gerichteten Volksboten ihren Obem einblasen würden, diese Miß- und Spottgeburt bliebe doch nur ein schwindfüchtiger Wechsellag. Was hat sich denn nicht schon alles mit diesem Gewerkschaftsmonstrum abgequält? Die christlichen Organisationen und die verschiedentlichsten katholischen Körperschaften bis auf den heutigen Tag nicht zum wenigsten — alles scheiterte jedoch an dem gebundenen Sinne der Nichtbeteiligten, der Buchdrucker. Das ist die Hauptfrage. Herrn Giesberts Utzaden auf die freien Gewerkschaften haben den gleichen Wert. Eine praktische Folge haben sie höchstens in einer weiteren Verschärfung der bereits bestehenden Gegensätze zwischen diesen beiden Gewerkschaftsrichtungen. Das ist jedoch nicht zu vermeiden, seitdem die Christlichen von allen Schrittmachern der Reaktion stärker als früher zum Sturmbock gegen die selbstbewußte Arbeiterbewegung erlesen worden sind. Die Tätigkeit der vielgenannten sieben bzw. sechs christlich-nationalen Arbeitervertreter im Reichstage hat durch die Verschleppung des Gewerkschaftsrechts in den Reichstag also eine Erweiterung erfahren: Sie arbeiten „erfolgreich“ an den die arbeitende Klasse aufs schwerste belastenden Steuern und Zöllen mit, verteuern also dem Arbeiter die Lebensmittel und rauben ihm die Existenz (wie den Tabak- und den Zündholzarbeitern); die sozialpolitischen Gesetze werden durch ihre gütliche Mitwirkung (namentlich in der Kommission zur Reichsversicherungsordnung) arbeiterfeindliche Ausgebirten; drittens spielen sie der Reaktion die besten Delinquenten in die Hand zu einer direkten und ausnahmerechtlichen Behandlung aller nichtchristlichen Organisationen. Eine prächtige Vertretung von Arbeiterinteressen! Diese Christmenschen sind schlimmer als die verächtlichen Gegner der Gewerkschaften und der politischen Bestrebungen der Arbeitermehrheit in den bestehenden Klassen!

Als am 3. Februar die Rehabilitierung der verurteilten Gewerkschaftsführer im Essener Meineidsprozeß erfolgt war, da zeigte sich der düstere Hintergrund dieses schlimmsten aller politischen Tendenzprozesse in einem besonders trüben Lichte. Der Schluß in Königs Rod, der im Jahre 1895 eine Meißerattaktion für den Liebertschen Reichsverband gewesen wäre,

wenn dieser damals schon bestanden hätte, dieser Genbarm Münter hatte mit den über die sieben Angeklagten am 17. August 1895 vom Schwurgericht in Essen verhängten 18 1/2 Jahren Zuchthaus und sechs Monaten Gefängnis eine fürchterliche Schuld auf sich geladen. Die damaligen Geschworenen unterlagen einer politischen Suggestion und trugen dadurch (unbewußt) die Politik in den Gerichtssaal. Der jetzige Vertreter der Anklage hat mit Recht es das größte Unglück genannt, wenn ein Strafprozeß zu einem politischen Prozeße gestempelt wird; für die Rechtsprechung bedeute die Politik immer eine große Gefahr. Dieser Ausspruch aus dem Munde eines Staatsanwalts sollte mit flammenden Lettern in jedem Gerichtssaale stehen, denn leider — und nicht nur in Deutschland, wie die Affäre Durand in Frankreich es ausweist — wird dieser Standpunkt nicht immer als ein unanschätzbarer Grundbesatz betrachtet, auch nach dem Essener Freispruch der Opfer des Münter nicht. Inwiefern auch eine indirekte Mitschuld anderer an dem Zuchthausurteil von 1895 vorliegen mag, die christlichen Gewerkschaftsrepliker partizipieren daran zu einem ganz erheblichen Teile. Jene Bergarbeiterversammlung am 3. Februar 1895 in dem westfälischen Städtchen Bantau, die den Untergrund zu diesem schwarzen Blatt in der deutschen Rechtspflege abgab, zeigt uns mit entsetzlicher Deutlichkeit den Weg des Verderbens, den die gegenseitige Bekämpfung der Arbeiter nehmen kann. Wird dieser unheilvolle Hintergrund des Essener Meineidsprozesses einer besseren Erkenntnis der Wegweiser sein? Wir können es leider nicht glauben. Das christliche „Zentralblatt“ zeigte sich in seiner Nr. 4 wenig berührt durch die schreckliche Lehre von Essen. „Die wahren Schuldigen, die den Resonanzboden und die direkte Veranlassung zu dem Meineidsprozeße geschaffen haben, das waren keine Christlichen, sondern sozialdemokratische Bergarbeiterführer“, schreibt es mit der dieser Richtung stets eignen Beharrlichkeit auch im Unrechte. Ja, wenn eine neugegründete Sonderorganisation — in diesem Falle der christliche Bergarbeiterverband — einer schon bestehenden Gewerkschaft (hier dem Bergarbeiterverband) den Besitz streitig machen will, soll denn da die alte Organisation ruhig zusehen, wie ihr das Wasser abgegraben wird? So „naiv“ zu denken, bringt nur christlich-gewerkschaftliche Auffassung fertig. Und daß das Verhalten aus jener Seite alle Merkmale der Unfreiheit des Gegners trug (nach welcher Methode auch jetzt noch verfahren wird, wie der in voriger Nummer gebrachte Bericht über eine vom Gutenbergsbund in Hettstedt einberufene Versammlung mit dem Verlangen nach polizeilicher Überwachung unter Hinweis auf die Notwendigkeit zwangsweiser Entfernung von Verbandsmitgliedern es eklatant zeigt), gibt unbenutzt das „Zentralblatt“ selbst zu, indem es über die Versammlung in Bantau sagt: „Daher auch die heute hier und da befreundliche — in der damaligen Situation (siehe die jetzige am dem Hettstedter Falls. Red.) aber sehr begreifliche — Vorstöße der christlichen Arbeiter, die einen verstärkten polizeilichen Schutz erbeten hatten. Es war Notwehr einem rabaulstigen, stuppelosen, gewalttätigen Gegner gegenüber.“ Da haben wir Urp und klar die von den Christlichen gegebene Ursache zu dem überaus erschütternden Trauerspiele von Essen! Das christliche „Zentralblatt“ hat schon manche starke Leistung vollbracht, hier hat es aber einen neuen Rekord geschaffen. Die Psyche der christlichen Gewerkschaftsführer ist dadurch noch widerwärtiger geworden, obwohl sie das schon genugam war. Die Christlichkeit dieser Leute aber noch gründlicher kennen zu lernen, ist im Anschluß an die Befragung des „Zentralblatts“, die christlichen Führer hätten dem Essener Zuchthausurteil „stets ablehnend gegenübergestanden“, eine gute Gelegenheit geboten. Das ist nämlich eine glatte Lüge. Das „Zentralblatt“ und die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ bestehen noch nicht so lange, als daß sie damals dem Schiedspruch über Unschuldige ablehnend gegenübergestanden haben könnten. Andre christliche Führer haben jedoch alles andre denn eine Ablehnung des Zuchthausurteils befundet. Da ist hauptsächlich das Organ der christlichen Bergarbeiter zu nennen, das unter der Redaktion des ehemaligen Vorsitzenden des christlichen Gesamtverbandes unter vielen andern die gravierende Auslassung brachte: „Auch wir können nichts andres als — bitte nichts für ungut, ihr Herren Genossen — das gerichtsnotorische Urteil im Meineidsprozeß in Essen als Wahrheit und Recht anerkennen!“ Das nennt das christliche „Zentralblatt“, welches von dem größten Verbündiger der christlich-nationalen Weltanschauung, Johannes Giesberts, redigiert wird, „stets ablehnend gegenübergestanden!“ Stets ablehnend gegenübergestanden ist es auch, wenn es in einem vor sieben Jahren herausgegebenen Flugblatte des christlichen Bergarbeiterverbandes heißt: „Der alte Verband ist eine Zuchthaus für Selbstmörder und Meineidige“, welcher echt christlich-gewerkschaftlichen Miederträchtigkeit erst im vergangenen Jahr ein Sekretär dieser wahrhaft christlichen Organisation der Gemeintheit über den Deutschen Bergarbeiterverband hinzufügte: „Die Meineidsgesellschaft mit beschränkter Haftung hat den Sieg davongetragen“. Der schwere Justizirrtum von 1895 ist also von den eigenen Berufsgegnern der unschuldig Verurteilten als Wahrheit und Recht anerkannt und die armen Opfer sind von ihnen mit dem größten Schimpf belegt worden, während in der Öffentlichkeit das Urteil über diesen Tendenzprozeß fertig war. Und das, eine solche Verworfenheit, brachten christliche Gewerkschaftsführer, nicht etwa simple Mitglieder, zuwege! Nach dem, wie das „Zentralblatt“ die glänzende Rehabilitierung der „Zuchthäuser“ behandelt hat, kann die Verblendung und der fanatische Haß der Musterchristen

nicht aufhören. Gewiß, auch auf Seiten der freien Gewerkschaften kommen nicht immer die saubersten Waffen in Anwendung dem Gegner gegenüber. Einer solchen Gemeinheit ist aber in unserem Lager kein Mensch fähig; vielleicht, weil es bei uns mit dem Christentum genauer genommen wird. So begründet wird nur der endliche Ausgang der Essener Justiztragedie ist und so anerkanntswert die Verurteilung des Staatsanwalts Eger war, daß der Parteien Zank und Streit in den Hallen der Rhemis ein Echo fand, der Tendenzprozeß wird doch noch nicht ausgestorben sein. Hoffen wir wenigstens, daß nicht wieder „der Streit um die Richtung“ den Unterton bei solchen Abwegen der Rechtsprechung abgibt.

Justizdramen, die in der Bekämpfung der Arbeiterbewegung ihren Ursprung haben; in denen das politische Moment, das 1895 in dem ersten Essener Prozeß eine so unheilvolle Rolle spielte und namentlich von dem Staatsanwalt Peterfon (im Gegensatz zu dem jetzigen Vertreter der Anklagebehörde, Eger) stark benutzt wurde, eine hervorragende Betonung fand; bei denen weiter die Zeugenschaft der politischen Kronzeugen mehr als verdächtig war, haben wir in Deutschland schon eine ganze Anzahl zu verzeichnen gehabt. Da sind vor allen Dingen die Magdeburger Meinkeidsprozesse aus dem Anfang der neunziger Jahre zu nennen. Staßfurter Berg- und Sittensarbeiter waren seine Opfer; zehn Männer und eine Frau erhielten und verbüßten zusammen 21 Jahre Zuchthaus. Der Staßfurter Bürgermeister Reinhardt und zwei seiner Polizeiführer traten als Hauptbelastungszeugen auf in diesen lediglich auf politischem Gebiete spielenden Tendenzprozessen. In Dortmund ereignete sich im Jahre 1901 zu dem Falle Winter ein Seitenstück. Ein Gendarm Warkisch hatte in einem Prozesse gegen einen sozialdemokratischen Redakteur, der sechs Monate Gefängnis bekam, einen veritablen Meineid geleistet: er wollte nämlich im Gegensatz zu allen Zeugen nicht einen Versammlungssaal mit blauer Waffe leer gehalten haben. Nach dem Urtrage des militärgerichtlichen Anklägers sollte er ein Jahr Zuchthaus erhalten, wurde jedoch freigesprochen, richtete sich dann aber selbst durch einen Revolveranschlag. Im Jahre 1896 sollten zwei Arbeiter in Nürnberg gegen einen Schutzmann Kraus eine falsche Anschuldigung eingereicht haben, sie hatten diesen Frevel an der Heiligkeit eines Dieners der Herrschaft mit zwei Jahren Gefängnis zu büßen. Dieser Schutzmann wurde später auch als Meineidsbauer entlarvt und mit sieben Jahren Zuchthaus bestraft. Der Meineidsprozeß von Gültrow liegt noch nicht so weit zurück. Ein Fäbner Holst, ein bekannter Sozialdemokrat, sollte einen Meineid geleistet haben und wurde im Jahre 1900 deshalb zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Geschworenen fanden so unter dem Eindruck der staatsanwaltlichen Rede, die nach dem Essener Muster von 1895 zugeschnitten war, daß sie nur sieben Minuten Zeit zur Beratung brauchten: Ein Polizeiführer namens Schütte gab die einzigen Belastungszeugen ab. An der Glaubwürdigkeit dieses Schütte hielten in einem Prozesse kurz darauf Gerichtshof und Staatsanwalt aber solche Zweifel, daß erklärt wurde, auf sein Zeugnis sei kein Gewicht zu legen. Seine drei Jahre Zuchthaus hat Holst aber abgelesen. Der Gültrower Tendenzprozeß hat also viel Ähnlichkeit mit dem Essener Drama. Daß diese Justiztragedien eine Spezialität Deutschlands wären, wollen wir durchaus nicht sagen. Derartiges zu behaupten, wäre ungerecht. Massenjustiz ist auch anderswo anzutreffen und Tendenzprozesse sind selbst in Republiken keine Seltenheit. Der Fall Durand in Frankreich aus dem Jahre 1910 ist das sprechendste und abschreckendste Beispiel dafür. Weil der Gewerkschaftssekretär Durand Leiter eines Streiks in Hazre war, während dessen Dauer sich eine Schlägerei unter betrunkenen Arbeitern ereignete, wobei ein Arbeitswilliger so zugerichtet wurde, daß er seinen Verletzungen erlag, wurde aus dem an sich ja beklagenswerten Vorkommnisse fugs ein sogenannter Streikverstoß konstruiert und Durand als Rädelstührer unter Anklage gestellt. Und was noch nie in einem solchen Falle vorgekommen: Durand wurde zum Tode verurteilt! Ein Schrei des Entsetzens ging durch Frankreich und nicht nur durch dessen Arbeiterschaft. Es setzte eine gewaltige Empörung gegen das Massenurteil des Seine-Departements ein, auch die Generalkommission der freien Gewerkschaften in Deutschland übermittelte der französischen Arbeiterschaft eine Sympathie Kundgebung. Die Stimme des Volks ist in Frankreich aber stärker als bei uns. So wurde Durands Strafe denn zunächst in mehrjährige Gefängniszeit umgewandelt, Mitte vorigen Monats entließ man ihn auch aus der Haft, und seine Freisprechung im Wiederaufnahmeverfahren steht bestimmt zu erwarten. Waren doch die Geschworenen am meisten bestürzt über das, was sie angerichtet hatten. Die Schamlosigkeit der christlichen Bergarbeiterführer über die Opfer des Essener Tendenzprozesses von 1895 fand hier ein Seitenstück in dem Verhalten eines — Buchdruckerorgans! Dieses „Buchdruckerorgan“ ist, daran sei bei dieser Gelegenheit zur Beleuchtung der moralischen Qualitäten unserer Schafsmachergerne große wieder erinnert, der „Arbeiter im Druckverber“. Die Sympathiekundgebung der Generalkommission begleitete dieses Papier mit den Worten: „Daß die Gewerkschaften jedes sittliche Empfinden und jegliches Gefühl für Recht und Gerechtigkeit verloren haben“ ufm. sowie mit der obligaten Bepötlung der Neutralität des Verbandes, weil Kollege Döblin eben in dieser Generalkommission sitzt, die ihre Stimme für einen Unschuldigen erhob, während das Verhalten dieses Schafsmacherorgans auf eine Verherrlichung des Justizmordes hinausläuft. Die allein echten nationalen Männer des „Arbeiter im Druckverber“ sind inzwischen merkwürdig still geworden über diese ihre Veramtheit.

Wenn wir bei Erörterung der beiden Essener Erkenntnisse sagten, die Tendenzprozesse wären trotzdem und trotz Moabit nicht überwunden, so sollte der 18. März bereits diese Behauptung erhärten: der Deutzer Landfriedensbruchprozeß hat die Verurteilung von 15 Angeklagten zu 2 1/2 Jahren und 2 Monaten Gefängnis gebracht! Was in Moabit nicht gelingen wollte, das Kölner Schwurgericht hat an einem Streikverstoß nach dem Sinn aller braven Schafsmacherseelen ganz gehörig fruchtbar gemacht. Die Enttäuung dieser Belandenen durch die beiden Moabit Prozesse war groß, sehr groß, der Deutzer Landfriedensbruchprozeß hat Balsam diesen Schmerzen gespendet. Aus der neusten Nummer des „Grundstein“ erfährt man, daß es sich um eben erst organisierte Bauarbeiter handelt, die oben drein, oder vielmehr leiber, im Zustande der Trunkenheit handelten, mit den Arbeitswilligen spektakelnd und schließlich mit der Polizei zusammenrannten. Ein Schutzmann wurde nicht unbeschadet verlegt und starb infolge einer hinzugekommenen Infektion. Der dieses Delikts wegen Angeklagte erhielt die Höchststrafe von fünf Jahren Gefängnis. Es handelt sich also um beklagenswerte Vorgänge, die vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus besonders zu bedauern sind. Der Schwerpunkt liegt aber nicht hierin. Unter den 15 Verurteilten sind drei Gewerkschaftsfunktionäre, von denen der Sekretär Fröhlich am härtesten betroffen wurde, nämlich mit zwei Jahren und sieben Monaten Gefängnis. Dieser Fröhlich hat nachweislich nun alles getan, Vorgänge wie die unter Anklage gestandenen zu verhüten. Die Zeugenaussagen genügt aber nicht, das Zeugnis eines vielfach vorbestraften und zur Verhandlung wieder aus dem Gefängnis vorgeführten Arbeitswilligen wog mehr. Wie es Durand erging, so machte man auch Fröhlich für das verantwortlich, was gerade mit allen Kräften zu verhüten bemüht war. Er habe als Gewerkschaftsbeamter nicht zur Ruhe und Besonnenheit gemahnt, während selbst Unternehmer und andre Arbeitswillige Fröhlich das beste Zeugnis ausstellten. Zur Erklärung des furchtbaren Kölner Verdicts kann am besten wohl die von der Staatsanwaltschaft neu angewendete Waffe vom Terrorismus der Organisation dienen. „Der Terrorismus des Verbandes ist es, dessen Druck, dessen Einschüchterungsversuche bis in den Gerichtssaal weisen“, so klang das Echo aus dem Reichstag und der Scharfmacherpresse über die Notwendigkeit eines stärkeren Schutzes der Arbeitswilligen in der Kölner Schwurgerichtsverhandlung wider. Da haben wir die ausnahmsrechtliche Behandlung ohne Ausnahmengesetz! Wird es mit dem Kölner Landfriedensprozeße sein Bewenden haben, oder bedeutet das Urteil von Köln den Anbruch einer neuen Ära von Tendenzprozessen, mittels deren der gewerkschaftliche Kampf niedergeschlagen werden soll? Jedenfalls geht ein scharfer Zug gegen die freien Gewerkschaften, andrerseits die „braven“ Christen: liebevoll an alle Schafsmacherherzen gedrückt werden.

Die sechs Schwere des Kölner Urteils wird erst recht klar, wenn man sich das Gesamtergebnis der Streikverstoßprozesse seit dem Herbst v. J. betrachtet. Unter diesen fünf Justizaktionen verlor der Deutzer Landfriedensbruchprozeß weitaus am ungünstigsten für die Arbeiter. Die Moabiter „Revoluten“ nahmen dagegen den relativ besten Ausgang für die Angeklagten, den eigentlich schlechtesten aber für die Polizei. Die in Köln, Bremen, Berlin-Webbing und Berlin-Moabit I und II verhängten Strafen belaufen sich auf 45 Jahre, 3 Monate und 16 Tage Gefängnis sowie 30 Wochen Haft und 4 1/2 M. Geldstrafe. 91 Personen waren angeklagt, 82 wurden verurteilt. Freisprechungen gab es in Köln nicht, in den übrigen vier Prozessen neun. Mildernde Umstände wurden bei diesen vier allgemein zugestanden, in Köln überhaupt nicht. Auf das Kölner Urteil entfallen von den etwas über 45 Jahren allein mehr als 23 Jahre Gefängnis. Die vier vorhergehenden Streikverstoßprozesse trugen jedem der Verurteilten nur acht Monate Gefängnis ein, der Deutzer dagegen drei Jahre und einen Monat! Es handelt sich also um äußerst draconische Strafen und in der Sache selbst — angesehen von dem tragischen Falle des mißhandelten und gestorbenen Schutzmanns — in Köln um weniger bedeutliche Ausschreitungen als in Moabit, am Webbing und in Bremen. Um so mehr haben wir es hier mit einem Tendenzprozeße zu tun.

In Deutschland sind ja die Streikausbreitungen seltener als in den andern Industrieländern. Von Amerika ist bekannt, daß im Lande der Freiheit Streikmulte größten Kalibers keine Seltenheit sind, und in den Finckons, den Knippelgarbisten der von Ausländern betroffenen Unternehmer, hat man eine echt amerikanische Einrichtung. In Frankreich, wo die Arbeiter zum Teil immer noch dem Phantome der direkten Aktion nachjagen, tritt bei jedem Streike von einiger Bedeutung das Militär in „direkte Aktion“. Eine Erscheinung, die gar nichts Auffallendes mehr hat. England, das klassische Land des Gewerkschaftswesens, sah zur Zeit der Moabitereien umfangreiche Streikverstoß in Sidwales, bei denen es wie in Berlin ebenfalls zu starken Übergriffen der Polizei kam, die vor drei Wochen im Unterhause zur Sprache kamen. Deutschland, wo das Terrorisnusschreie am stärksten ist und gerade jetzt wieder kräftig erschallt, steht unbestritten am günstigsten da. Das ist das beste Zeugnis für die erzieherische Tätigkeit unserer Gewerkschaften! Früher, als die Organisationen noch nicht diesen Einfluß ausüben konnten, weil sie noch nicht bestanden, es aber doch schon zu Arbeitskämpfen kam, und das manchmal ganz erbitterten, ereigneten sich Streikverstoß, die das Herz aller Schafsmacher lachen machen mußten. Je weniger egebbert wird bei Streiks,

um so besser steht es um die gewerkschaftliche Entwicklung in einem Lande. Wir haben immer mit aller Entschiedenheit derartige Ausschreitungen bekämpft, denn sie schlagen den Gewerkschaften stets zum Schaden aus. Die Organisationen haben es auszuhalten, was direkt eigentlich nur rabaulustige, unorganisierte oder eben erst durch den Ausbruch eines Streiks organisierte Elemente sich einbringen konnten. Es ist zu begrüßen, daß die Gewerkschaftsleitungen mit größtem Nachdruck an die Ausständigen appellieren, sich besonnen auch dann zu benehmen, wenn offensichtlich Mißlinge des Unternehmertums Straßee anstiften. So hat z. B. in den letzten Wochen das „Schwurmacherfachblatt“ bei einem während des Weifenfelder Streiks gemachten derartigen Besuche die Streikenden in ersten Worten ermahnt und auf die ihnen gestellten Fällen aufmerksam gemacht. In der Zeit der von Wandsbef und Berlin gemäßigten betriebenen Streikbrecherei ist das Aufputzen der Streikenden und sind Provokationen der Ausständigen gegen die Arbeitswilligen ja eine in der Luft liegende Gefahr. Aber gerade deswegen muß von den Organisationen alles getan werden, solchen Möglichkeiten vorzubeugen. Daß die Hamburger Importware sogar die öffentliche Ordnung gefährdet, hat man beim Rastatter Streik am ekkantesten gesehen. Die Erklärungen der in dem ersten Moabiter Prozesse vernommenen Berliner Gewerkschaftsführer und Vorstandsmitglieder der sozialdemokratischen Partei mit der strikten Verurteilung jederlei Ausschreitungen in wirtschaftlichen und politischen Kämpfen hat auch der Öffentlichkeit gezeigt, daß die Organisationen der Arbeiter jedenfalls am meisten bemüht sind, Ordnung und Ruhe zu halten.

Die Ausschreitungen der Polizei spielen aber bei solchen Vorgängen neben denen der zu jeder Art von Standal bereiten Arbeitswilligen eine so große Rolle, wie man es ohne Moabit nicht für möglich gehalten hätte trotz allem, was schon da war. Die Urteilsbegründung von dem ersten Moabiter Prozesse liegt nunmehr vor. Auf über 200 Seiten kommen die schlagkräftigen Hingebildner recht schlecht weg, noch weit schlimmer schneidet aber Herr Jagows „Elitekorps“ ab. „Es handelt sich nicht um vereinzelte Mißgriffe von Beamten, sondern das Gericht hat die Überzeugung gewonnen, daß dies in einer größeren Anzahl von Fällen, insbesondere durch grundlose Verleumdungen und vielfach durch Schläge, geschehen ist“, lautet die gravierendste Stelle in dem schriftlichen Urteil. Einer der Verteidiger hatte ja 218 einzelne Fälle von mehr oder weniger schweren Ausschreitungen von Polizeibeamten zusammengefaßt! Herr Jagows Ruhmredigkeiten auf die „tadellose Manneszucht“ sind nun noch gründlicher abgetan. Was da alles unter den 1200 Schulgelehrten in Uniform und Zivil und unter den polizeilichen Kronzeugen gestekt hat, konnte man im Webbingprozeße erfahren, wo sich herausstellte, daß einer dieser „Gentlemen“ schon zehn Jahre im Dienste der Polizei steht, ein Mißgriff vorbestrafter und jetzt wieder zu einem Jahre Gefängnis verurteilter Mensch. Wie haben sich Bethmann-Hollweg, Dallwitz, Weseler, Jagow und die sogenannten Ordnungspresse mit ihrem eifrigsten Herausweisen der polizeilichen Soldaten in die Tinte geritten! Diese Streikverstoßprozesse mit ihren schmachvollen Niederlagen für Polizei und Scharfmachertum boten der Arbeiterschaft, der Gewerkschafts- und der nicht ganz regierungsfremden Presse sowie der freien Kritik im Reichstag und dem preußischen Abgeordnetenhaus bis in die letzten Tage des Februar schier unerlöschliche Gelegenheit, die Rechte der Stiefkinder des Staats (die es nach des Reichstagslers Meinung bekanntlich aber gar nicht gibt) mit größtem Nachdruck zu verteidigen. Und wenn man jetzt, wo dieses mit elementarer Gewalt dahergehende Gewitter im Abziehen begriffen ist, sich das Fazit betrachtet, so kann man es wohl zufrieden sein: das preussische Polizeisystem, die Massenjustiz und das Scharfmachertum haben eine große Bataille verloren! Die deutsche Rechtsprege hat sich, obwohl die Urteile von Moabit, vom Webbing (und auch in Bremen) — wir sehen hier von Köln ab — immer noch schwer genug auszuhalten, manches an Vertrauen und Ansehen zurückeroberet. Und das ist gar Nichts zu verdanken, auf die man bei diesen Staatsaktionen von außerordentlicher Greiflichkeit die größten Hoffnungen gesetzt hatte! Wenn selbst diese Richter des zwingenden Einbruchs der polizeilichen Soldaten in Moabit sich nicht entziehen konnten, dann ist nicht nur das am Alexanderplatz in Berlin herrschende System zusammengebrochen, sondern auch die Staatsautorität hat hierbei einen bösen Knack davongetragen. Darüber ist man sich allenthalben klar. Die vorgängigen und auch die postumum Besuche der Bethmann-Hollweg, Dallwitz und Weseler, der Berliner Polizeigewaltigen samt seinem „Elitekorps“ herauszuhalten, vermochten den in den letzten Monaten so vielgenannten Ehrenschild der Berliner Polizei nicht um einen Deut reiner erscheinen zu lassen, der Ordenszeichen für die „Kombattanten“ in Moabit ebenso wenig und am wenigsten Herrn v. Jagows herausfordernde Ansprache zu Kaisers Geburtstag. Viele unterschiedlichen Vorstöße, in ein schwebendes Gerichtsverfahren einguzreifen, das Urteil der Öffentlichkeit zu korrigieren und einen Richter (Landgerichtsdirektor Linger) über seine Rechtsbelehrung an die Geschworenen amtlich (Justizminister Weseler) zu befragen, peitschten die Kritik und den offenen Widerspruch in Presse und Parlament nur noch mehr auf und machten die Niederlage der Regierung und der auf das nächste von der Beweisaufnahme, den Zeugenaussagen und den gerichtlichen Feststellungen in Moabit bestützten reaktionären Mächte noch größer und schlimmer. Die Schutzleute sind auch anderswo keine Schutengel. Die Interpellierung des babilischen Ministers v. Bodmann über die

Vorgänge in Raftatt hat das ebenfalls erbracht. Die ministerielle Antwort in Baden deckte die „Sicherheitsorgane“ aber ebenso wie die im Reichstag und im preussischen Abgeordnetenhaus vom Regierungstische zu ihren Gunsten gehaltenen Reden. Da muß dann die öffentliche Kritik für die nötige Korrektur an solchen deplacierten Wofvorhaltungszeugnissen sorgen.

Die Aussetzung einer Belohnung von 2000 Mk. zwecks Ermittlung der beiden Schuldteu, die den Arbeiter Herrmann in Berlin so mißhandelten, daß er an den Folgen dieser Verletzungen starb, durch den sozialdemokratischen Parteivorstand in den letzten Tagen ist nicht nur ein ganz ungewöhnlicher Vorgang, sondern vergrößert nur noch das Schuldkonto der öffentlichen Gewalt. Der Fall Herrmann ist der dunkelste Punkt in den Moabitereien. Er veranlaßte den Landgerichtsdirektor Linger zu seinem ihm sehr übel vermerkten, das allergrößte Aufsehen erregenden Ausspruch: „Die Beamten, die auf der Straße standen, um Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, befanden sich zweifellos in der rechtmäßigen Ausübung ihres Amtes; diese Rechtmäßigkeit hörte aber auf, wenn, wie im Falle Herrmann von Reugen bekundet worden, ein friedlicher Mann, der des Wegs kommt, mit dem Säbel niedergeschlagen wird.“ In solchem Falle handelt derjenige, der sich gegen eine solche Brutalität wendet, meinetwegen durch einen wohlgezielten Revolverbeschuß, nicht rechtswidrig.“ Das war das schärfste Verbot über die polizeilichen Ausschreitungen. Das „Berliner Tageblatt“ hatte vor kurzem mit einer schonungslosen Kritik an dem Verhalten des Polizeipräsidenten v. Jagow der Frau des Getöteten gegenüber eine Subskription für sie eröffnet. Nun kommt der sozialdemokratische Parteivorstand und setzt mit seiner ausgeschriebenen Belohnung der Polizei von neuem mächtig zu — sie hat wirklich keine guten Tage mehr die arme Wohlthäterin in Berlin trotz ihrer hochmündigen Lobreden! Zu wünschen wäre es wirklich sehr, daß die beiden Brutalitätsmänner in Schutzmannsuniform auf diese Weise ermittelt werden könnten, damit sie nicht unentdeckt bleiben wie der polizeiliche Handabfacker im Falle Biewald in Breslau.

Die Scharfmacher aller Schattierungen werden natürlich mit dem größten Mißvergnügen die Sozialdemokratie in der Rolle eines Organs der öffentlichen Sicherheit sehen. Wie ihnen ja denn auch der Ausgang von Moabit kräftig auf die Nerven gefallen ist. Konnte doch die Scharfmacherzentrale (in den „Mitteilungen der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände“) den Schmerzengeld nicht unterdrücken:

Daß durch die Moabiter Revolten selbst und durch die folgenden wochenlangen Prozeßverhandlungen die Autorität der Staatsgewalt schwer gelitten hat, unterliegt keinem Zweifel. Die Frage erscheint deshalb gerechtfertigt, welche Lehren die Regierung aus diesen Prozessen zieht und welche Maßnahmen sie, für geeignet hält, um einer Wiederholung solcher Schandigung des Ansehens der Staatsgewalt vorzubeugen. Als solche Maßnahmen verstehen die Scharfmacher mehrere rechtliche Verschlechterungen für die Arbeiter. „Das Streikpostenstehen war die Keimzelle, aus der der Aufbruch erwachsen ist“, sagen die „Mitteilungen“, und deshalb verlangen sie bei der Strafprozeßreform eine Verschärfung namentlich des § 253 des Strafgesetzbuchs, die ausschließlich die Gewerkschaften treffen würde. Also Ausnahmestrafen unter Deckadresse!

Die im Februar im Reichstage zur Beratung gestandene Umänderung des Gerichtsverfassungsgesetzes wie die neue Strafprozeßordnung haben einstweilen durch einen entschiedenen Vorstoß der Linken eine Ausdehnung des Volksrichtertums gebracht. Unter dem Eindruck der Moabiter Prozesse wurde da manches verständige Wort gegen die Weltfremdheit der Richter, gegen die Beschränkung der Beweisaufnahme und auch gegen die Klassenjustiz gesprochen, die selbst der neue Reichsjustizsekretär abweist. Das Kölner Urteil, das im Orefiswalder „Landratsprozeß“ wie auch die vor 14 Tagen in Kiel verhängten ungewöhnlich harten Strafen über einen sozialdemokratischen Redakteur erweisen es, daß mit Reichstagsdebatten und der öffentlichen Kritik noch nicht viel getan ist, sondern daß sozusagen von unten auf eine Reform Platz greifen muß. Das ist im Richterstande selbst. Die in Nr. 19 bereits erwähnten Reformbestrebungen in der Rechtsmethode haben inzwischen in Juristenkreisen weiteren Anfang gefunden, aus allen Teilen Deutschlands erfolgen Zustimmungserklärungen. Wenn die Rechtslehrer, die Richter und die sonstigen Rechtsbesitzenden selbst einsehen, daß das Recht kein starres Dogma ist, sondern auch mit der Zeit zu geben hat, um die Menschen dieser Zeit zu verstehen, und die Mitwirkung der Laien an der Rechtspflege eine wesentlich größere sein muß als jetzt, dann kommen wir schließlich doch oder wenigstens annähernd einmal zu dem, was Graf Solodowitsch vor Jahren im Reichstag in allzu hoher Meinung von Deutschland behauptete, nämlich, daß es das Land der verbrieften Rechtsgarantien ist.

Aus den Jahresberichten 1910.

Sparten.

a) Maschinenmeister.

Zentralkommission. Gleich wie in den vorhergehenden Jahren fand auch im abgelaufenen Geschäftsjahr eine rege Inanspruchnahme der Zentralkommission durch die angeschlossenen Vereine bzw. deren Mitglieder statt. In außerordentlich zahlreichen Fällen wurde der Rat der Zentralkommission in tariflichen und technischen Fragen eingeholt; nicht minder waren die Fälle, wo es sich um Aus-

künfte über die Sozialgesetzgebung, Schußvorschriften der Berufsgenossenschaft, Bundesratsvorschriften usw. handelte. Im allgemeinen ließ die diesbezügliche Korrespondenz erkennen, daß die Durchführung der verschiedenen gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen an manchen Orten nur mit besonderen Anstrengungen nach und nach möglich ist; andererseits ließ sich aber auch feststellen, daß eine große Anzahl Kollegen ständig bemüht ist, für Durchführung und Aufrechterhaltung der gesetzlichen und tariflichen Vorschriften einzutreten. In technischer Hinsicht war man in den angeschlossenen Vereinen redlich bemüht, durch aufklärende Vorträge, Veranstaltung von Fachkursen, Exkursionen usw. den Kollegen zu nützen. Die von der Zentralkommission herausgegebene technische Literatur, von welcher gegenwärtig fünf Hefte vorliegen, und zwar: „Der Ausschmitt und die Zurechtung von Zylinderströmungen“, „Farbe und Farbendruck“, „Die Ziegeldruckpressen“, „Das Ausschmieden der Druckformen“, „Die Farbe und ihre Töne“, erfreuten sich auch im abgelaufenen Berichtsjahr eines guten Absatzes. Die Prodhüren, die in erster Linie den Berufsangehörigen für verhältnismäßig wenig Geld fachliches Wissen vermitteln sollen, sind von bestem Bekanntheitsgrad und unser Berufsverfaßt, die Ausführung ist eine musterzügliche. Die beste Empfehlung für diese im Verlage der Zentralkommission erscheinende Fachliteratur ist wohl der genaltliche Absatz, der im Gebetswert im Jahre 1910 über 4000 Mk. betrug. Das Erscheinen eines weiteren Werks ist für das laufende Jahr geplant. Ferner wurden zur Pflege des technischen verhältnismäßig Referenten vermittelt, ebenso Material zu Vorträgen und Fachkursen. An dem norddeutschen Maschinenmeistertag in Hamburg, der sich speziell mit Fragen befaßte, die in erster Linie als solche der Maschinenmeister anzusehen sind, nahm ebenfalls ein Mitglied der Zentralkommission teil. 109 Vereine mit 7200 Mitgliedern waren am Ende des Berichtsjahrs der Zentralkommission angeschlossen, was gegen den Stand des Vorjahres eine Zunahme von fünf Vereinen mit 480 Mitgliedern bedeutet. Das laufende Jahr mit seiner in Aussicht stehenden Tarifrevision sowie dem geplanten dritten deutschen Maschinenmeistertag liegen schon am Ende des Berichtsjahrs eine Häufung der Geschäfte der Zentralkommission erkennen, die jedenfalls noch eine ansehnliche Steigerung erfahren dürften. Nach den bisherigen Anzeichen zu urteilen, hat die kommende Zeit bei unsen Kollegen starkes Interesse für alle Berufs- und sonstigen Fragen erweckt.

Altenburg. Der hiesige Maschinenmeisterverein umfaßte alle in Betracht kommenden Kollegen. Der Mitgliederstand stieg von 20 auf 29. Folgende Vorträge wurden gehalten: „Über die Erfindung der Schnellpresse“, „Sprühen der Farbe“, „Über Brägedruck“, „Schäffers Mittelserie“, „Der Illustrationsdruck und die Zurechtmethode“, „Über Dreifarbenbrud“ (letzte drei Vorträge hielt Kollege Kreshnar (Leipzig)).

Berlin. Im Berichtsjahre 1910 fanden 17 ordentliche Vereins- und zwei Generalversammlungen im Maschinenmeistervereine statt. Der Versammlungsbesuch betrug durchschnittlich 25 Proz. Die Vereinsversammlungen wurden mit neun technischen und fünf gewerkschaftlichen Referaten ausgefüllt. Die technischen Vorträge betitelten sich: „Der Maschinenmeister an der Ziegeldruckpresse“ (Kollege Schnadenberg); „Moderne Illustrationstechnik“ (Kollege Soper); „Reproduktionstechnik“ (Herr Kurt Wilschmütz); „Die bunten Farben und ihre Verwendung im Illustrations- und Anzeigendruck“ (Kollege Ehler); „Typographisches aus Japan“ (Herr Dr. Wilschke); „Nebenarbeiten des Maschinenmeisters“ (Kollege Schnadenberg); „Vespredung der Rüttlerischen Johannistestdrucksachen“ (Kollege Sabban); „Mertensches Ziesdruckverfahren“ (Kollege Sabban); „Ein Besuch in der Reichsdruckerei“ (Kollege Sabban). Die Titel der gewerkschaftlichen Referate lauteten: „Wie befreien wir uns vom Joch des Kapitalismus?“ (Herr Wide); „Verband, Sparten und Tarifgemeinschaft“ (Kollege Schaaß); „Die Reichsversicherungsordnung“ (Gewerkschaftssekretär Wolf Ritter); „Der Weg zur Macht und die Gewerkschaften“ (Kollege Scholter); „Vergangenheit, Gegenwart und Zukunftsblicke“ (Kollege Schaaß). Bemerkenswert ist die vorgenommene Neubearbeitung des Statuts, aus dem die Einführung monatlicher Versammlungen hervorgeht. Zwei Drucker vertrauensmännerversammlungen waren der Bezeichnung und dem Austausch von Erfahrungen innerhalb der gewerkschaftlichen und beruflichen Zusammenarbeit gewidmet. Besichtigt wurde unter großer Beteiligung die Farbenfabrik von Wunder und die Flachdruckrotationsmaschine „Duplex“ bei der Firma R. Wolf. Der Mitgliederstand bewegte sich immer nur um die Zahl 1000. Der Kassenbestand beträgt 4169,27 Mk. (gegenüber 3938 Mk. im Vorjahre). Der im März beendete Fachkurs wurde von 168 Kollegen besucht. Eingeteilt war der Kursus in Klasse A (Zurechtmethoden und Maschinenkunde), Klasse B (Skizzieren und Farbentöne), Klasse C (Zonplattenchnitt usw.). Als Lehrer fungierte in Klasse A Kollege Nagel, in Klasse B und C Kollege Schnadenberg. Da an den Klassen B und C auch Seher teilnehmen konnten, leistete der Gauverein einen einmaligen Zuschuß von 500 Mk. Nach Beendigung der Fachkurse wurde vom Kollegen Soper in der „Vorwärts“-Druckerei ein Apparatkursus abgehalten, zu dem jedoch aus räumlichen Gründen nur 60 Kollegen zugelassen werden konnten. Gemeldet hatten sich 136 Kollegen.

Wiesbaden. Unser Verein kann mit Befriedigung auf das abgelaufene Jahr zurückblicken, stieg doch die Mitgliederzahl von 50 auf 69. Neun Versammlungen, davon sechs mit Vorträgen, eine Exkursion nach Hannover und eine Druckausstellung fanden statt. Der Versammlungsbesuch war zufriedenstellend. Das Technische wurde besonders gepflegt. — Breslau. Der hiesige Ma-

schinenmeisterverein kann auf eine 25jährige Vereins-tätigkeit zurückblicken. Es war am 7. Februar 1886, als die damalige Tarifkommission eine allgemeine Maschinenmeisterversammlung einberief, die sich mit dem engeren Zusammenflusse der Druckerkollegen befaßte. Der Verein wurde denn auch am genannten Tage mit einem Mitgliederstande von neun Kollegen gegründet. Der Tarifkommission, die aus den Kollegen Gewinner, Weininger und Hermann Wolf bestand, gebührt also das Verdienst, den Verein aus der Wiege gehoben zu haben. Es waren schwere Zeiten, die unsre Kollegen durchmachen mußten. In allererster Linie hatten sie mit der Konkurrenz zu rechnen, die die Hilfsarbeiter dem Maschinenmeister machten, indem sie das Bedienen der Maschine für sich in Anspruch nahmen, natürlich zu einem weit geringeren Lohne wie die Maschinenmeister. Von den Gründern können wir heute noch drei zu den unsrigen zählen, es sind dies die Kollegen Keil, Standke und Mauersberg. Zu jeder Zeit haben Männer an der Spitze gestanden, die die Interessen des Vereins hochhielten und den Verein zu dem machten, was er sein soll: eine Stätte der technischen Weiterbildung sowie des kollegialen Verkehrs seiner Mitglieder. Der Mitgliederstand des Vereins hat sich eigentlich erst in den letzten fünf bis sechs Jahren gehoben, vorher waren wohl kaum mehr als 40 Mitglieder vorhanden. Bei der 25. Wiederkehr des Gründungstags waren es 122. Bei einem Rückblick auf das letzte Vereinsjahr, das 25. muß leider gesagt werden, daß die Versammlungen manchmal traurig besetzt waren, trotzdem es an Anregungen nicht fehlte. Fast in jeder Versammlung wurde ein technischer Vortrag gehalten oder technische Fragen ventiliert. Die Vereinsstätigkeit erstreckte sich über neun Versammlungen, und zwar fanden statt: eine Generalversammlung, eine außerordentliche Generalversammlung und sieben Mitgliederversammlungen. Der Besuch schwankte zwischen 84 und 21 Anwesenden. (Durchschnitt: 42 Mitglieder). Im Laufe des Jahres fanden folgende Vorträge statt: 1. „Neujährsgrüßworte“ (Richter). 2. „Vespredung von Neujährstärten“ (Gander). 3. „Schußvorrichtungen an der Ziegeldruckpresse und Rotationsmaschine“ (Göbnau). 4. „Die neuesten Ziesdruckverfahren“ (Richter). 5. „Die verchiedenen Systeme von Anlegeapparaten“ (Zöllner). Ferner wurden diverse technische Neuigkeiten kurz besprochen und die gestellten technischen Fragen in den Versammlungen beantwortet. Auf Anregung der Kommission fand ferner ein Vortrag über „Erste Hilfe bei Unglücksfällen“ (Maß) statt. Seit Mitte Oktober findet wieder ein „Kursus im praktischen Arbeiten“ an der hiesigen Handwerker- und Kunstgewerbeschule statt. Der Verkehr der angeschlossenen Provinzvereine mit dem Vororte Breslau war ein sehr reger. Allerdings war auch hier Oberflächlich mit Ausnahme von Kattowitz wieder das Schmerzfind, doch sind die Vorbebingungen für ein fortgeschrittenes Arbeiten auch da getrieben. In Schweidnitz konstituierte sich im Oktober 1910 ein Verein, dem sich auch die Meidendorfer Kollegen angeschlossen. Gegenwärtig zählt der Verein 18 Mitglieder. Der Gleiwitzer Verein ist eingegangen, zu dem also an Breslau die Vereine von Glogau, Görlitz, Liegnitz, Neurade, Brieg, Kattowitz, Reuthen und Schweidnitz angeschlossen sind. Der Breslauer Vorstehende referierte im Laufe des Jahres in Brieg, Schweidnitz, Liegnitz und Glogau.

Chemnitz. Die Mitgliederzahl unsres Vereins stieg von 72 auf 85. Acht Monatsversammlungen und eine Generalversammlung fanden statt. Auf technischen Gebiete ließ es sich außer den Kollegen Zuber, Beyer und Zimmermann ganz besonders Kollege Klapp anlegen sein, seine Erfahrungen und praktischen Kenntnisse in uneigennützig Weise zum Besten zu geben. Möge sein gutes Beispiel rege Nachahmung finden. Exkursionen wurden im verflorenen Jahre drei unternommen: die Besichtigung der Graphischen Kunstanstalt Wolf (Chemnitz); die Besichtigung der Pappenfabrik Claus (Altheim) und die Besichtigung der Flachdruckrotationsmaschine „Geureta“ bei der Firma Große (Zimbad).

Darmstadt. Der Mitgliederstand des Bezirksmaschinenmeistervereins betrug am Jahreschlusse 60, gegen 52 im Vorjahre. An Versammlungen fanden statt: eine ordentliche Generalversammlung, zwei Bezirks- und sechs Ortsvereinsversammlungen, außerdem eine Versammlung in Uffshausen. Der Versammlungsbesuch wies gegen das Vorjahr eine kleine Verringerung auf. An Vorträgen wurden gehalten: „Die Kritik der eingegangenen Neujährstärten“ (Kollege Fischer); „Der Elektromotor im Druckereibetrieb und seine Behandlung“ (Kollege Ernst); „Die geschichtliche Entwicklung der Schnellpresse bis zur heutigen modernen Rotationsmaschine“, gehalten in drei Versammlungen von den Kollegen Ernst, Mühl und Schuster; „Mertens Notationsstiefdruckverfahren“ (Kollege Ernst); „Der Druck von weißer Farbe auf duntem Papier“ (Kollege Ernst). Ferner ist noch zu erwähnen die Besichtigung der Walzenanfangstafel von Koch & Grün (Hessenbach a. M.). In bezug auf Fachliteratur wurde Gediegene geboten, so daß sich auch das vergangene Jahr den früheren in jeder Beziehung würdig anschließen kann. — Dresden. Das vergangene Vereinsjahr kann in tariflicher Beziehung als ein friedliches bezeichnet werden, trotzdem es in den ersten Monaten infolge der Hilfsarbeiterbewegung zu immerhin ersten Differenzen gekommen ist. Die Vereinsgeschäfte wurden in einer Generalversammlung und elf Monatsversammlungen erledigt. Zu Beginn des Vereinsjahrs war ein Mitgliederbestand von 235 vorhanden, am Schlusse ein solcher von 274 Kollegen. Der durchschnittliche Versammlungsbesuch betrug 109 (gegen 110 im Vorjahre). In der Generalversammlung gab Gauvorsitzer Wendische einen ausführlichen

Bericht über die Hilfsarbeiterbewegung, indem er zugleich auf die Verhaltungsmaßregeln unserer Kollegen hinwies. Auch weitere Versammlungen beschäftigten sich mit der Hilfsarbeiterbewegung. Besonders anzuerkennen ist das gute Verhalten unserer Kollegen während der Dauer dieser Differenzen. Eine eifrige Tätigkeit entfaltete die technische Kommission, indem sie durch Vorträge die Versammlungen recht interessant gestaltete. Durch lebhaft diskutierte Besuche unserer Kollegen, daß sie bestrebt waren, sich weiter auszubilden, um für die heutige, in technischer Beziehung anspruchsvolle Zeit gerüstet zu sein. Folgende Vorträge wurden gehalten: „Die Behandlung des Mattlinsdrucks“; „Der Dreifarbenruck auf der Schnellpresse“; „Das Dr. Mertenssche Tiefdruckverfahren“ (Kollege Weiler); „Der Tapetendruck“ (Formstecher Surhold); „Der Tiefdruck“ (Kollege Meiler); „Betriebsunfälle“ (Kollege Meuzner). Die Johannisfestdrucksachen unterzog Kollege Lorenz einer kritischen Besprechung, außerdem berichtete der Vorsitzende ausführlich über Schiedsgerichtsentscheidungen und über die Vorstandskonferenz in Leipzig.

Elberfeld-Barmen. Der Maschinenmeisterverein „Wuppertal“ kann von verflorenen Jahre günstiges berichten. Der Mitgliederbestand stieg auf 59, die Versammlungen wurden in Durchschnitte von 28 Kollegen besucht. Die zu Anfang des Jahres gewählte technische Kommission war eifrig bemüht, den Wünschen der Kollegen gerecht zu werden. So wurden im Laufe der Zeit die Apparate Rotary, Universal und König eingehend besprochen, auch fanden verschiedene sonstige Vorträge und die Besprechung von Neuheiten günstige Aufnahme. Außerdem beschäftigten sich speziell die letzten Versammlungen viel mit Vorkommissionen tariflicher Natur. Ein Hauptereignis des Jahres war die großartig verlaufene Besichtigung der Maschinenfabrik Johannisberg in Geisenheim, welche unter zahlreicher Beteiligung auswärtiger Kollegen stattfand und mit einem Wöchener nach Mainz verbunden war. Das aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens in größerem Rahmen gefeierte Stiftungsfest nahm einen guten Verlauf. — Erfurt. Die Beteiligung der Mitglieder am Vereinsleben war im Durchschnitte sehr mäßig. Es fanden eine ordentliche und eine außerordentliche Generalversammlung und neun Monatsversammlungen zur Erledigung der Vereinsgeschäfte statt. Diese Versammlungen waren durchschnittlich von 23 Kollegen besucht. Der Mitgliederbestand betrug am Jahreschlusse 45. Es wurden in den Versammlungen folgende technische Vorträge gehalten: „Der Kopperdruck“ (Kollege Gumbertmann); „Der Silberdruck mit Gummituch“ (Kollege Beut); „Der Farben- und Druckdruck“ (Kollege Jmmisch). An Betriebsbesichtigung ist die der Kennstetter Papierwarenfabrik zu verzeichnen. — Essen. Auch im verflorenen Jahre hat sich der Verein erfreulich weiter entwickelt; stieg doch die Mitgliederzahl von 36 auf 45. Abgehalten wurden eine Generalversammlung und elf Monatsversammlungen. Fünf Vorträge wurden gehalten; und zwar von den Redlegenden Fritz (Essen): „Erzeugung von Elektrizität“; Pafenberg (Essen): „Das Lantes-Schwärzer Zuchtverfahren“; Fleuß (Essen): „Der Drei- und Vierfarbenruck, seine Herstellung und Ausführung“. Von der Zentrale in Köln wurden uns zwei Vorträge übermiesen: „Der Illustrationsdruck“ und „Der Druck auf rauhem Papier“. Außerdem wurde eine technische Kommission gewählt. Die Versammlungen waren, mit einigen Ausnahmen, gut besucht und hoffen wir, daß das auch im kommenden Jahre so bleibt. Am Schlusse des Jahres verließ uns unser langjähriger, verdienter Vorsitzender, Kollege Kaufmann.

Glogau. Das verflorenen Geschäftsjahr stand im Zeichen wirtschaftlichen Niedergangs und hatte zur Folge, daß unser Verein durch erfolgte Entlassungen von Druckerkollegen an Mitgliedern zurückging. Erst Ende des Jahres trat eine kleine Besserung ein, und durch Beitritt der Sprottauer Kollegen hatten wir wieder denselben Mitgliederbestand wie am Anfange des Vereinsjahres. Die 22 dem Verein angehörenden Kollegen verteilten sich auf folgende Orte: Borort Glogau 11, Grünberg 4, Neufalz a. O. 4, Sprottau 3, Gufrau 1 Kollege. Die Vereinsgeschäfte wurden in sieben Monatsversammlungen und einer Generalversammlung erledigt. Auf der Generalversammlung wurde ein Vortrag über „Kreidereliefzurichtung“ gehalten. Auf der Bezirksversammlung behandelte der Vorsitzende das Thema: „Verband und Sparten“. Eine Drucksachenausstellung für Kunst und Kellame wurde von der Typographischen Gesellschaft, dem Maschinenmeisterklub und dem Ortsverein arrangiert. Obermeister Krüger hielt dabei einen Vortrag über: „Die Entstehung des Vierfarbenrucks“.

Hamburg. Der Maschinenmeisterverein Hamburg-Altonaer Buchdrucker erledigte seine Geschäfte in neun Mitgliederversammlungen und einer Generalversammlung; außerdem fanden eine öffentliche Versammlung und anlässlich des Maschinenmeistertags eine vertrauliche Delegiertenversammlung statt. Der Versammlungsbesuch hat sich gegen das Vorjahr etwas gebessert; er betrug im Durchschnitte 70, gegen 57 im Vorjahre. 145 Kollegen besuchten keine Versammlung ihrer Sparte. In sämtlichen Versammlungen wechselten Fragen tariflicher Natur mit technischen ab. Der norddeutsche Maschinenmeistertag war von 50 Delegierten und die im direkten Anschlusse daran mit den auswärtigen Kollegen veranstaltete öffentliche Maschinenmeisterversammlung von etwa 360 Personen besucht. Von technischen Veranstaltungen seien erwähnt eine reichhaltige Drucksachenausstellung; eine Besichtigung und Vorführung der bei der Firma W. Gente neu aufgestellten Stahlhochpresse. Folgende Vorträge wurden gehalten: „Die Erfindung der Schnellpresse von König“ (Kollege R. Meyer); „Die Entwicklung der Schnellpresse“ (Kollege R. Wagner); „Die Technik der Rotationsmaschine“

(Kollege W. Hoch); „Über erste Hilfe bei Unglücksfällen“ (Obmann der Arbeiterfanitätskolonne, S. Brauer); „Die Erfindung des Dr. Mertensschen Druckerfahrens“ (Kollege W. Hoch); „Die Paragraphen 73—79 der Sonderbestimmungen für Maschinenmeister und Drucker“ (Kollege Görner (Berlin)); „Die Elektrizität im Dienste der Graphik“ (Ingenieur Küster). Außerdem erhaltete Kollege J. Wellmann einen Bericht über die Tätigkeit der Tarifschiedsgerichte. Die Benutzung der Bibliothek war eine recht geringfügige. — Hannover. Die internen Vorgänge in unserm Berufe fanden eingehende Erörterungen in den Versammlungen. In Vorträgen wurden gehalten: „Erfindung und Erfindungstag der Schnellpresse“, „Anlegapparat Universal“, „Mertens Tiefdruckverfahren“, „Über Ziegeldruckpressen“, „Die Farbe und ihre Zusammensetzung“, „Bau der Luftschiffe und Flugmaschinen“. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 279. Die Januarversammlung beschäftigte sich mit der bevorstehenden Tarifrevision. — Heidelberg. Besonders erwähnt sei aus dem Jahresberichte des Maschinenmeistervereins der im Oktober v. J. bei einer Teilnehmerzahl von 18 Kollegen abgehaltene Farbenmischkursus. Die Geschäfte des Vereins fanden in zwei Haupt- und zehn Monatsversammlungen ihre Erledigung. Die Klassenverhältnisse sind unbefriedigend.

Jena. Die vereinigten Maschinenmeistervereine Jena, Saalfeld und Rudolstadt hielten im vergangenen Jahre zwei Bezirksversammlungen ab. Silbuberghausen schied aus unser Vereinigung aus, um mit den Kollegen von Koburg, Sonneberg und Meiningen einen eignen Bezirksverein zu gründen. Das Einmaschinenystem ist in allen drei Druckstädten vorherrschend, zweitorenmaschinen (mit Anlegapparat) stehen in Jena drei und Saalfeld zwei. Der Jenaer Verein erledigte seine Geschäfte in elf Versammlungen, die im Durchschnitte von 14 Kollegen besucht waren. Vorträge wurden gehalten von Kollegen Wächter über „Die Rotationsmaschine“ und vom Kollegen Reichensbach über: „Unfallverhütungsvorschriften, Unfälle und erste Hilfeleistung“. Der Verein zählt 19 Mitglieder, gegen 15 im vorhergehenden Jahre. Der Graphischen Verein gehört der Verein als korporatives Mitglied an. — Rudolstadt hielt acht Versammlungen ab, die durchweg hätten besser besucht sein können. Mitglieder waren 11 vorhanden, gegen 14 im vorhergehenden Jahre. — Saalfeld zählt 18 Mitglieder, gegen 17 im verflorenen Jahre. Der Versammlungsbesuch hätte manchmal besser sein können. Die Verhältnisse in den Maschinenfabriken gaben zu Klagen im großen und ganzen keinen Anlaß, doch läßt die Bezahlung in den meisten Fällen zu wünschen übrig.

Kaiserslautern. Die Tätigkeit des Maschinenmeistervereins im Vorjahre ist gering zu nennen. Durch den Vorsitzenden E. wurden zwei Vorträge gehalten: „Die Photographie, speziell Reproduktionsverfahren“ und „Über die verschiedenen Tiefdruckarten“, speziell das neue von Dr. Mertens erfundene Rotationsdruckverfahren. — Karlsruhe. Das vergangene Geschäftsjahr war für den Maschinenmeisterverein des Bezirks ein arbeitsreiches. Es fanden Vorträge statt über „Büchdruck“, über „Illustrationsdruck und Zuchtigung“, mit praktischer Vorführung des Kreidereliefzurichtungsverfahrens von Lantes & Schwärzler (München), über „Das Dr. Mertenssche Tiefdruckverfahren“ mit bildlichen Erläuterungen; außerdem wurde an einem technischen Abend das Kunstwerk „Der Schwarzwald“ durch Vortrag besprochen. Im Oktober wurde mit einem praktisch durchgeführten Prägedruckkursus begonnen, welcher ganz hervorragende Leistungen zeitigte. Wegen der großen Teilnehmerzahl konnten nur zwei Abteilungen diesen Kursus im verflorenen Jahre beenden, währenddem die dritte Abteilung zu Anfang des neuen Jahres diesen forsetzte. Die Technische Kommission war bemüht, mit Unterstützung des Gesamtverbandes den Mitgliedern mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, als auch das „Technische“ im allgemeinen ganz besonders zu pflegen. Veschigt wurden zwei technische Betriebe. Bei der Kartellkonferenz der Maschinenmeistervereine von Baden und Elsaß-Lothringen am 27. November in Offenburg war der Verein durch drei Delegierte vertreten. Zur Erledigung der Vereinsgeschäfte waren acht Versammlungen notwendig. Der Mitgliederbestand als auch die Klassenverhältnisse sind als zufriedenstellend zu bezeichnen. — Kassel. Der hiesige Klub hielt im verflorenen Jahre acht Versammlungen ab, die einen guten Besuch aufzuweisen hatten. Durch Wahl einer technischen Kommission, die einige interessante Vorträge veranstaltete und auch sonstige tarifliche Besprechungen, speziell über: „Die Sonderbestimmungen der Drucker“, wurde versucht, die Mitglieder auf dem laufenden zu erhalten. Herr Ingenieur Wiederich von der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft hielt einen sehr lehrreichen Vortrag über: „Behandlung der Elektromotoren und ihre Verwendung im Buchdruckgewerbe“. Ferner fand eine Besichtigung der Mischfabrik von R. Zegner hierfeldt statt. Die Mitgliederzahl schwankte zwischen 35 und 40. Trotzdem im verflorenen Jahre viele Neueintritte erfolgten, stehen leider doch noch immer zahlreiche Kollegen der Sparte fern. — Köln. Im abgelaufenen Jahre, in welchem erfreulicherweise eine geringe Mitgliederzunahme zu verzeichnen war, entsprach der Versammlungsbesuch nicht den Erwartungen, die im Hinblick auf eine so rührige Pflege des Technischen darauf gesetzt werden durften. Die Geschäfte des Vereins wurden in elf Versammlungen erledigt. Neun technische Vorträge wurden gehalten, sieben davon von Mitgliedern, während Herr Vorort über das Dr. Mertenssche Tiefdruckverfahren, und in einem zweiten Vortrag über weitere Verfahren (verbunden mit Ausstellung) referierte. Außerdem fand eine Besichtigung der Farben- und Waschenmassfabriken

von C. V. Sindgens in Koblenz statt. Unsere Klassenverhältnisse sind als gute zu bezeichnen. Wir hoffen durch eine merklige Vermehrung von Fachschriften und eine nicht minder rastlose Tätigkeit auf technischem sowie auf agitatorischem Gebiet auch die noch fernstehenden Kollegen für die Sparte zu gewinnen. — Königsberg. Das verflorenen Jahr hat uns keine Gelegenheit geboten, von einer Weiterentwicklung unser Spartenvereinigung in der Provinz berichten zu können. Zu den Orten, die sich bisher unserm Klub angegeschlossen haben, sind neue nicht hinzugekommen. Etwas erfreulicher war das Interesse der Kollegen für unsere Sparte hier am Vororte, namentlich im letzten Viertel des Vereinsjahres. Die Mehrzahl aller hiesigen Druckerkollegen ist unser Spartenvereinigung beigetreten. Der Mitgliederbestand am Beginne des Jahres war folgender: Königsberg 35; davon abgereist im Laufe des Jahres 7, neu eingetreten 11, so daß am Jahreschlusse 39 Mitglieder verblieben sind. Elbitz hatte am Beginne des Jahres 11, am Schlusse desselben 12; Memel am Beginne 4, am Schlusse 2; Braunsberg 2 Mitglieder, Zisterburg 1 Mitglied. Es entfallen demnach auf die Provinz 17 Mitglieder (Vorjahr 19). Die Gesamtzahl der Mitglieder beträgt 56 (Vorjahr 54). Das Vereinsleben am Vororte wickelte sich in sehr ruhigen Bahnen ab. Neben einer ordentlichen Generalversammlung fanden neun Monatsversammlungen statt, die im Durchschnitte von 18 Kollegen besucht waren. Alle technischen Neuerscheinungen sowie wichtige tarifliche und örtliche Verursachen fanden in unsern Versammlungen eingehende Behandlung und Erledigung. Unter reger Anteilnahme der Kollegen fand eine Besichtigung der Sillerischen Papierwarenfabrik statt. Kollege Janßen hielt einen lehrreichen Vortrag über: „Farbe und Farbenruck“.

Leipzig. Das 14. Geschäftsjahr der Kommission der Drucker und Maschinenmeister stand im Zeichen scheinbarer Ruhe. Doch zeigte sich in ihm gar manches, dessen Bedeutung sich in der kommenden Zeit recht fühlbar machen wird. Dies trifft hauptsächlich zu auf die Spezialfragen des Druckerberufs, die Verantwortlichkeit, die Spezialmaschinen, die überstunden und das Prinzip von Leistung und Gegenleistung. Aber auch sonst haben die Maschinenmeister alle Ursache, sich der Zukunft gemessen zu zeigen. Das verflorenen Geschäftsjahr kann wiederum als ein arbeitsreiches bezeichnet werden. Nichts ist unversucht gelassen worden, die Maschinenmeister mit der Schwierigkeit der Situation vertraut zu machen, was ja auch aus der geschäftlichen Tätigkeit der örtlichen Druckerkommission zu ersehen ist. Als erfreulich muß bezeichnet werden, daß die Mitgliederzahl im vergangenen Jahre von 1259 Kollegen auf 1376 Kollegen gestiegen ist. Die Kasse zeigte an Einnahmen 4218,24 M., an Ausgaben 1341,76 M., so daß ein Kassenbestand von 2876,48 M. verbleibt. Im Berichtsjahre 1910 wurden insgesamt abgehalten neun allgemeine Versammlungen und fünf Rotationsmaschinenmeisterversammlungen. Die Kommission selbst erledigte ihre Arbeiten in 51 Kommissionsitzungen. Es wurde ein Kursus: „Praktisches Arbeiten an der Maschine und am Ziegel“, sowie ein technischer Diskussionsabend über das neue Tiefdruckverfahren abgehalten. Außerdem wurden folgende Vorträge veranstaltet: Die Herstellung der Autotypen, unter besonderer Berücksichtigung der Drei- und Vierfarbenätzung (Herr Ködtz, Lehrer an der chemigraphischen Fachschule); „Die Vorzüge der Bänderlosen Rotationsmaschine“ (Kollege Rauch); „Die Nervosität und die Schädlichkeiten des täglichen Lebens“ (Herr Dr. med. Simon); „Das neue Illustrationsdruckverfahren von Dr. Mertens“ (Kollege Heß); „Die neue Reichsversicherungsordnung“ (Kollege Gildenberg (Halle)); „Die Entwicklung der Rotationsmaschine“ (Kollege Buchholz); Die kommende Tarifrevision und die Sparten“ (Kollege Görner (Berlin)); „Die alten Handverdrückmaschinen und ihre wirtschaftlichen Kämpfe“ (Herr Landtagsabgeordneter Lange). Über die Tätigkeit im Schiedsgerichte berichtete Kollege Ludwig. Außerdem hielt Kollege Ludwig das einleitende Referat zur Stellungnahme zu der Schöfflichen Urteilsferie. Herr G. Hennig referierte über „Gottfried Keller“. Am 15. September fand in Leipzig eine Konferenz der Vorsitzenden des Agitationsbezirks der Gau Leipzig, Dresden, Erzgebirge-Vogtland, Sierland-Thüringen und An der Saale statt. Den ausgesetzten Bauarbeitern wurden 150 Mf. bewilligt. — Limburg a. d. Zah. Der im Februar 1910 gegründete Klub hat zurzeit einen Mitgliederbestand von 14 Kollegen. Zwei Kollegen stehen noch abseits; von denen wir jedoch hoffen, daß sie sich bald der Spartenbewegung anschließen. Neun Versammlungen wurden abgehalten. Vier Vorträge fanden statt. Kollege Wille (Wiesbaden) sprach über die Lantes & Schwärzlersche Kreidereliefzurichtung. Kollege Neustädt (Wiesbaden) referierte über den Mattlinsdruck. Kollege Salzmann (Limburg) wählte sich das Holwegsche Gummidruckverfahren zu seinen Ausführungen. Kollege Hofmann, der Vertreter der Schrammischen Lack- und Farbenfabriken, hielt einen Vortrag über „Die Herstellung der Buch- und Steinruckfarben“, den er zum besseren Verständnis durch Experimente erläuterte. Die tariflichen Angelegenheiten wurden nicht außer acht gelassen, es fanden hierüber zeitweise erscheinende Vorträge statt. Mit besonderem Interesse wurde die Urteilsferie des Kollegen Schäffer durchgenommen. Ein großer Teil der Einnahmen wird zur Anschaffung sachlicher Literatur verwendet. Von zahlreichen Farben- und Maschinenfabriken wurden wir in dankenswerter Weise mit Material für unsere technischen Diskussionen versehen. Der Besuch der Versammlungen war bis auf zwei Ausnahmen ein recht zufriedenstellender. Hoffen wir, daß für das laufende Jahr noch mehr Interesse für fachtechnisches Wissen und Können zutage tritt.

Korrespondenzen.

Bad Dürkheim. In der außerordentlichen Mitgliederversammlung am 19. März, die schlechten Besuch aufwies, erstattete Kollege P. Stepp den Bericht vom Gantage. Die Ausführungen des auf dem Gantage anwesenden Kollegen Böllin wurden in ihren Kernpunkten eingehend wiedergegeben. In der sich anschließenden Debatte, die keine zu umfangreiche war, gaben die Kollegen ihre Zustimmung zu den Hanauer Beschlüssen, dabei noch ihre „speziellen“ Wünsche zur bevorstehenden Tarifrevision äußerten. Den Kartellbericht erstattete Kollege Meder. Daraus ging u. a. hervor, daß von einer Gründung einer Bezirksstranfenliste mit Rücksicht auf den noch zur Beratung stehenden Entwurf der Reichsversicherungsordnung abgesehen wurde. Wir erhalten demnach bis auf weiteres im Erkrankungsfall 720 Mk. Kranlengeld. Der Vorsitzende Stepp erwähnte die Kollegen, von der Zentralbibliothek mehr als bisher Gebrauch zu machen, da es doch für die Kollegen eine Notwendigkeit sei, ihr geistiges Wissen zu vermehren. Mit dem Wunsch, für die Zukunft an gewerkschaftlichen Leben regen Anteil zu nehmen und die Versammlungen zahlreich und pünktlich zu besuchen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

S. Basel. Der Schweizerische Typographenbund hält seine 53. Generalversammlung dieses Jahr während der Pfingsttage in Basel ab. Die hiesige Sektion labet die Kollegen der benachbarten Gauenvereine (Sap-Bohringen und Oberstein) zu dieser Tagung freundlichst ein. Die Basler Kollegen werden es sich nicht nehmen lassen, ihren Gästen einige angenehme Stunden zu bereiten. Anmeldungen sind möglichst frühzeitig an den Sektionsvorstand zu senden. Es ist zu erwarten, daß die Kollegen der benachbarten Städte dieser Einladung der Schweizerischen Kollegenchaft recht zahlreich Folge leisten, sind doch die gegenseitigen Beziehungen so mannigfaltig, daß eine persönliche Annäherung nur Gutes bewirken kann. — Der Männerchor „Typographia“ (Basel) wird seinen den Straßburger Kollegen versprochenen Gegenbesuch während der Osterfeiertage dieses Jahres zur Ausführung bringen.

Berlin. Die Segetkollegen August Kiren und Karl Zimmermann in der Druckerlei G. S. Fernmann (Abteilung „Berliner Börsencourier“) begehen am 1. April ihre fünfzigjährigen Berufsjubiläen. Eine Feier findet am 2. April, vormittags 11 Uhr, im Berliner Klubhaus, Ohmstraße 2, statt.

Gr. Düffeldorf. Unsere Monatsversammlung fand am 11. März statt. Dem Verbands konnten drei Mitglieder beigefügt werden. Unter „Mittelungen des Vorstandes“ wurde eine Statistik des Allgemeinen Konsumvereins bekannt gegeben, woraus leider zu ersehen war, daß sehr wenige Kollegen dem Konsumverein angehören. Der Vorsitzende richtete deshalb die Bitte an die Kollegenchaft, mehr wie bisher sich für das Genossenschaftswesen zu interessieren und der Genossenschaft beizutreten, denn dadurch sei ein jeder in der Lage, seine Lebenshaltung zu verbilligen. Ferner wurde darauf aufmerksam gemacht, daß am 2. April ein neuer Kursus der hiesigen Fachschule für Handwerk und Industrie beginnt, welcher die verschiedensten Fächer umfaßt. Auch wurde vor Konditionsannahme in Tirol gewarnt und die Kollegen darauf aufmerksam gemacht, daß der internationalen Vereinbarung gemäß jeder Kollege verpflichtet ist, vor Annahme einer Kondition Erkundigungen einzuziehen. Das finanzielle Ergebnis unseres seit einem Jahre bestehenden „Volksbaus“ ließ erkennen, daß dieses existenzfähig ist. Wägen unsere Kollegen mehr wie bisher durch regen Verkehr zur Unterstützung beitragen. Sodann wurde beschlossen, den Ortsvereinsbeitrag sowie die Enschädigungen an die Vertrauensleute und Vorstandsmitglieder in der gleichen Höhe zu belassen wie im Vorjahr. An den Bericht der Ortsklasse knüpfte sich eine längere Diskussion. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Einem Antrage gemäß wurden unserer Bibliothek zum weiteren Ausbau für dieses Jahr 100 Mk. überwiesen. Es folgte noch die Erledigung verschiedener interner Angelegenheiten.

Sz. Duisburg. Unsere ordentliche Monatsversammlung am 18. März war leider nur schwach besucht, trotz der Anwesenheit des Gausvorstehers Albrecht. Nur ein Drittel der Kollegen hielt es für nötig, ihrer Pflicht des Versammlungsbesuchs nachzukommen. Es erfolgte zunächst die Aufnahme eines neuangeworbenen Kollegen und der Ausschuß eines Mitglieds. Zur Tarifrevision lagen zwei Anträge von Ortsvereine Mülheim (Ruhr) vor, die nach kurzer Debatte die Unterstützung des Ortsvereins Duisburg fanden. Kollege U. Albrecht nahm sodann das Wort zu seinem Referat: „Die gegenwärtige Lage im Gewerbe und die bevorstehende Tarifrevision“. Der geschätzte Redner behandelte in etwa einstündigen Ausführungen die Entstehung und den Werdegang der Tarifgemeinschaft. Lebhafter Beifall dankte dem Kollegen Albrecht für seine treffenden Ausführungen. Zum letzten Punkt erstattete Kollege D. Schmidt den Kartellbericht. Daraus ist zu erwähnen, daß die Mitgliederzahl der dem Kartell angeschlossenen freien Gewerkschaften im vergangenen Jahre von 3251 auf 4006 gestiegen ist. Bei der Entnahme von Büchern aus der Zentralbibliothek stehen die Buchdrucker an erster Stelle. Eine kurze Diskussion über den Kartellbericht beschloß die Versammlung.

F.-ch. Essen. Unsere am 12. März abgehaltene Bezirksversammlung war von etwa 160 Kollegen besucht. Unter „Geschäftliches“ teilte der Vorsitzende das Resultat der Gantagsdelegiertenwahl mit und wies dann auf die im „Korr.“ ergangene Warnung vor Konditions-

annahme nach dem Auslande hin. Dann gab er den Jahresbericht für 1910. Der folgende Kassenbericht pro viertes Quartal 1910, der gedruckt vorlag, weist in Einnahme und Ausgabe 10656,40 Mk. auf. Der Mitgliederstand betrug am Anfange des genannten Quartals 632, stieg am Ende auf 652. (Damit vergleiche man die Besucherzahl der Versammlung!) Die Mitgliederzahl stellte sich am Jahresanfang 1910 auf 616. Als Kandidaten zur Generalversammlung wurden aufgestellt die Kollegen G. Albrecht und G. Müller sowie als Vertreter des Essener Bezirks die Kollegen D. Krauz und E. Schöred. Die Anträge zur Tarifrevision waren von einer Kommission vorbereitet und der Versammlung zur Sanction unterbreitet worden. Der Berichterstatter, Kollege D. Schmühl, begründete die Anträge in eingehender Weise, worauf die Kommissionsbeschlüsse nach kurzer Debatte en bloc angenommen wurden. Auch die übrigen Tagesordnungspunkte der von gutem Geiste getragenen Versammlung wurden in zufriedenstellender Weise erledigt.

M. Gorkh. (Vierteljahrsbericht.) Die erste Versammlung im neuen Jahre stand im Zeichen der Tarifbewegung. Eine reiche Paßl Anträge zur Tarifrevision kam zur Beratung und fanden zum Teil unter Beifall der Anwesenden einstimmige Annahme. Nach Ausschluß eines Mitglieds fanden tarifliche Mißstände am Ort eingehende Besprechung. — In der Februarversammlung gelangten die Jahresabrechnungen und Berichte zur Verlesung. Fast alle endeten mit einem zufriedenstellenden Resultat; nur der Bibliothekar führte Klage über die schwache Finanzpraktik an, infolge reichhaltiger Bibliothek. Die Versammlung beschloß sich sodann mit der Antragstellung zur Generalversammlung. Fortgesetzt wurde die in der Januarversammlung begonnene Debatte über tarifliche Mißstände am Ort. Es wurde über wenig sittsame Befindungen, Überstundenunwesen und Mangel an guten hygienischen Verhältnissen Klage geführt. In ersterem Falle wurde durch Vorkstellwerden des Personals und unfres Vorstehen beim Prinzipal Abhilfe zugesagt. — Die Märzversammlung beschäftigte sich nach Erledigung interner Angelegenheiten sowie Aufnahme eines Kollegen auch mit den Anträgen zum Gantage, die von der Versammlung angenommen wurden. Hierauf wurden die Kandidaten zur Gantagsdelegiertenwahl sowie die Vertrauensleute als Zählkommission ernannt. Das für dieses Jahr geplante Johannestfest wird innerhalb des Bezirks gefeiert werden. Die in der Februarversammlung besprochene Überstundenangelegenheit hat inzwischen ihre Erledigung gefunden. Der betreffende Buchkollege bekommt die Überstunden jetzt tariflich bezahlt. Als Kandidat zur Generalversammlung wurde der Vorsitzende Giesinger aufgestellt.

Siedelberg. In der am 18. März stattgehabten, schlecht besuchten Monatsversammlung erstattete der Vorsitzende nach Genehmigung eines Aufnahmewunsches Bericht über den Verlauf und die Beschlüsse des Gantags. An den Bericht schloß sich eine lebhafteste Debatte, bei der verschiedene Ansichten über einzelne Beschlüsse des Gantags wie über die Haltung unserer Delegierten geäußert wurden. Daran schlossen sich noch einige geschäftliche Mitteilungen des Vorstehenden.

Bezirk Lüneburg. Am 19. März traten die Kollegen des Bezirks Lüneburg sehr zahlreich die Reise nach dem Bezirksortorte Lüneburg an, um daselbst der Tagung der ersten Bezirksversammlung in diesem Jahre beizuwohnen. Dieser Tag wurde morgens durch Beschäftigung der in dieser alten Stadt so zahlreichen Sehenswürdigkeiten eingeleitet. Die von großem Interesse zugehende Bezirksversammlung wurde von unserm neugewählten Bezirksvorsteher Wiesel geleitet. Der frühere Bezirksvorsteher Stege war durch Krankheit verhindert, in diesem Jahre sein Amt wieder anzunehmen. Gehoben wurde das Interesse an dieser Versammlung nicht allein durch die Tagesordnung selbst, sondern hauptsächlich durch einen Vortrag, der der zweite Vorsitzende des Gausvorstandes, Kollege Fritsch (Hannover), mit dem Thema „Die Situation im Buchdruckgewerbe“ in freundschaftlicher Weise übernommen hatte. Die anspruchsvollen Vortragsweise des Redners fand in jeder Hinsicht wohlverdiente Aufnahme bei den Zuhörern. Der Bericht aus den einzelnen Druckorten ließ deutlich erkennen, wie viel Arbeit es noch zu tun gibt, um die völlige Einführung und Innehaltung des Tarifs im Bezirke, hauptsächlich in den kleineren Druckorten, durchzuführen. Die Aufstellung von Kandidaten für die demnächst stattfindende Wahl der Generalversammlungsdelegierten wurde vorgenommen. Als Ort für die im Herbst tagende Bezirksversammlung wurde wiederum Lüneburg angenommen. Nach Schluß dieser Bezirksversammlung vereinigte die Teilnehmer ein echt U.iales Beifallsfest.

M. H. Die am 19. März stattgehabte Bezirksversammlung hatte den üblichen Besuch aufzuweisen. Wenn auch die Teilnehmerzahl einigermaßen befriedigte, so wäre doch zu wünschen, daß die in greifbarer Nähe geäußerten Ereignisse: Verbandsgeneralversammlung und Tarifrevision, das Interesse der Kollegen in noch höherem Maße beanspruchten würden. Vertretern waren die Druckorte Alzey, Bingen, Gausalgesheim, Mainz, Oberingelheim, Oppenheim und Müßelsheim. Unter „Geschäftliche Mitteilungen“ wies der Vorsitzende auf die Veränderungen im Rapport hin. Krant waren 13 Kollegen und konditionslos vier Seget und elf Maschinenmeister. Herrschend für die Seget durch die Fahrplanperiode gegenwärtig günstige Konjunktur, so muß das Verhältnis bei den Druckern als ungesund bezeichnet werden, wohl mit hervorgerufen durch den Umstand, daß seither einige Firmen mit Vorliebe ihre offenen Maschinenmeisterstellen mit auswärtigen Kollegen besetzen. Wiederaufgenommen wurde

ein Kollege. Die Vertrauensleute wurden angewiesen, bei der zu Ostern erfolgenden Neueinstellung von Beurlaubten auf die diesbezügliche Bekanntmachung des Tarifamts zu achten. Nachdem die Wahl eines Revisors vorgenommen war, erstattete der stellvertretende Vorsitzende einen eingehenden Bericht vom Gantage. In der anschließenden Diskussion befandete die Versammlung ihr Einverständnis mit den Ergebnissen des Gantags. Freudig wurde es begrüßt, daß der nächste Gantage in Mainz stattfinden soll. Die in Nr. 30 des „Korr.“ veröffentlichten Anträge zur Verbandsgeneralversammlung in Hannover wurden einer Beratung unterzogen, und waren es besonders die Anträge auf ein größeres Mitbestimmungsrecht der Kollegen bei dem Tarifabschlüsse, welche eine Aussprache zeitigten. Auch wurden Stimmen laut, die sich gegen den weiteren Ausbau der Unterstützungsrichtungen aussprachen. Einige Hinweise lokaler Natur sowie ein Appell zur ferneren regen Mitarbeit der Kollegen bildeten den Schluß der sachlich verlaufenden Versammlung.

Marienwerder. (Vierteljahrsbericht.) Eines guten Besuchs erfreute sich die am 7. Januar abgehaltene Generalversammlung. Kollege Kloman erstattete den Kassenbericht. Für seine pflichttreue Führung der Kassenrechnung wurde dem Kassierer gedankt. Der vom Vorsitzenden Zilian gegebene Jahresbericht wurde beifällig aufgenommen. Schnell wurde diesmal der Tagesordnungspunkt „Wahlen“ erledigt. Sämtliche Vorstandsmitglieder, außer den Revisoren, wurden einstimmig wiedergewählt. Im Anschluß hieran kam der Vorsitzende noch auf Einzelergebnisse im vergangenen Jahre zu sprechen, dabei die Mitglieder ermahnen, nicht durch Quertreibereien die Geschäfte des Vorstandes zu lähmen, sondern rege mitzuarbeiten und zu befestigen, was vor fünf Jahren durch Einigkeit errungen ist. Nach Erledigung einiger interner Sachen fand die rege verlaufene Versammlung ihren Abschluß. — In der wiederum sehr gut besuchten Versammlung am 11. Februar wurde eine gegenseitige Aussprache gepflogen über eventuell zu stellende Anträge zur Generalversammlung. Ein vom Vorstand eingebrachter Antrag wurde angenommen und zwei aus Mitgliederkreise gestellte Anträge abgelehnt. Ein weiterer Punkt: Revision der Satzungen des Ortsvereins, mußte von der Tagesordnung abgesehen werden. — Die am 11. März abgehaltene Versammlung war leider schwach besucht. Der Vorsitzende machte auf die Beachtung der tarifamtlichen Bekanntmachung betreffs der Beurlaubteneinstellung besonders aufmerksam. Zum Punkt: „Anträge zur Tarifrevision“, wurden zwei vom Vorstand eingebrachte Anträge angenommen. Einige interner Angelegenheiten bildeten den Schluß dieser Versammlung.

Mühlhausen i. Gf. Die am 18. März tagende Mitgliederversammlung des Ortsvereins war trotz wiederholter Ermahnung des Vorstehenden sehr schwach besucht. Herr Gintitt in die Tagesordnung erwähnte die Besammlung durch Erheben von den Eigen das Andenken unfers verstorbenen Mitglieds G. Böglin. Als Kandidat zur Generalversammlung des Verbandes wurde unser Bezirksvorstehender C. A. Meyer nominiert. Nachdem die Berichte der Kartelldelegierten und Bibliotheksrevisoren erstattet, hielt der Kassierer der Produktiv- und Konsumgenossenschaft, Herr Wafem, einen Vortrag über: „Die moderne Konsumvereinsbewegung“. Dem Referenten wurde für seine sehr interessanten Ausführungen reichlich Beifall zuteil.

Stettin. (Maschinenmeisterverein.) Am 11. März tagte eine außerordentliche Maschinenmeisterversammlung, in welcher der Vorsitzende der Zentralkommission, Kollege Th. Gärner (Berlin), einen interessanten und jetzt gewiß zeitgemäßen Vortrag über das Thema „Maschinenmeister und Tarifrevision“ hielt. Zur Versammlung waren die Drucker Stettins fast vollständig erschienen, auch ein Teil der Segetkollegen und unser Gehilfenvertreter Rischner waren anwesend. Nach einigen einleitenden Worten des Vorstehenden erteilte er dem Referenten das Wort zu seinem Vortrag. In klarer und ausgeglichener Weise gab dieser ein vorzügliches Bild von der gegenwärtigen Situation im Gewerbe und von unsern Forderungen und Wünschen zur Tarifrevision. Die Hilfsarbeiterfrage, die verschiedenen technischen Neuerungen, unsere Stellungnahme zur übrigen Arbeiterschaft und unsere Aufgaben in der kommenden Zeit bildeten weitere Punkte, die geeignet waren, die Anwesenden zu fesseln. Mit dem Wunsch, daß in der kommenden Zeit unsere Kollegen mehr wie bisher auf dem Posten und ganze Männer sein mögen, schloß Kollege Gärner seinen einhaltswürdigen Vortrag unter allseitigem, lebhaften Beifall. In der darauffolgenden kurzen Diskussion erklärten die Kollegen ihr Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten. Hierauf schloß der Vorsitzende die Versammlung mit der Mahnung an die uns noch fernstehenden Druckerkollegen, sich unsern Reihen anzuschließen.

Rundschau.

Der III. Deutscher Maschinenmeisterkongress findet in diesem Jahr am 22. und 23. Mai in Hannover statt. Die Tagesordnung umfaßt tarifliche, organisatorische und technische Fragen, an deren Beratung als Vertreter von 108 zurzeit bestehenden Maschinenmeistervereinen 46 Delegierte teilnehmen werden.

Die Zentralkommission der Korrektoren teilt uns mit, daß die Bekanntgabe der Tagesordnung des zweiten deutschen Korrektorentags, die wir aus dem „Allgemeinen Anzeiger für Druckereien“ übernommen haben,

nicht richtig und darüber noch gar keine endgültige Feststellung getroffen ist. Den Korrektorenvereinen sind bis jetzt lediglich die Festlegungen der Zentralkommission über die Wahl der Delegierten zum Korrektorkongress zugegangen. Es sei daher vernunflich, wie der „A. L. f. D.“ dazu komme, unter den Hauptverhandlungsgegenständen des Kongresses die Reichsversicherung der Privatangestellten anzuführen. Eine besondere Behandlung der Materie sei gar nicht in Aussicht genommen.

Der Deutsche Buchdruckerverein hält seine diesjährige Hauptversammlung am 27. und 28. Mai im „Hotel Atlantic“ zu Hamburg ab. Von der neun Punkte umfassenden Tagesordnung sind erwähnenswert: Bericht und Beschlussfassung über den revidierten Buchdruckpreistarif, Stellungnahme zur bevorstehenden Revision des Buchdruckerlohntarifs und Stellungnahme zum Hilfsarbeiterlohn. Das Recht der Antragstellung haben der Hauptvorstand, die Abgeordneten sowie die Kreis- und Bezirksvorsitzenden; die Vereinsmitglieder haben dieses Recht nur innerhalb der Vereine auszuüben. Von einer Veröffentlichung der einzelnen Anträge wird voraussichtlich vor der Hauptversammlung keine Rede sein.

Die Meisterprüfung Befanden haben in Frankfurt a. M. sämtliche 28 Teilnehmer des vorjährigen Meisterturms, der von der dortigen Typographischen Gesellschaft eingerichtet war.

Betriebsunfälle. In Lehe wurden zwei Maschinenfeher beim Reinigen der Sezmashine durch eine Benzinexplosion im Gesicht, an den Händen und Armen schwer verbrannt. — In Stuttgart kam ein Maschinenmeister mit dem rechten Arm so unglücklich in die Maschine, daß der Arm vollständig zerquetscht wurde und im Krankenhaus sofort amputiert werden mußte.

Der Mertenssche Kupferstichdruck hat nun auch in der Druckerei des „Hamburger Fremdenblatt“ seinen Einzug gehalten und zeigt sich in den uns vorliegenden Exemplaren der genannten Zeitung als ausgezeichnete Bahnbrücker in der Illustrationstechnik für Text und Inserate im Zeitungsweisen.

Ein feurer Druckfehler. Vor mehr als 200 Jahren druckte ein englischer Verleger eine Bibel, worin im siebenten Gebote das Wort „nicht“ ausgelassen war und dadurch zu lesen war: „Du sollst begehren deines Nächsten Gut“. Die Dürigkeit war damit aus naheliegenden Gründen „einerstanden“ und ließ sich deshalb von dem Verleger für die in seinem Bibeldruck ausgesprochene Einladung zum Appetit auf die Habe des Nächsten die Strafe von 300 Pfund bezahlen. 300 Pfund sind 6000 M., eine Summe, die, vergleicht man den damaligen und den heutigen Geldwert, als eine sehr hohe Strafe zu bezeichnen ist. Außerdem aber wurde die ganze Auflage vernichtet, so daß man wohl annehmen kann; daß nie ein Verleger ein Druckfehler so teuer zu stehen gekommen ist wie diesem die ausgelassene Verneinung. Von diesem aus der Welt geschaffenen Bibeldrucke ist, soweit bekannt, nur ein einziges Exemplar erhalten geblieben, und dieses Exemplar ist gegenwärtig im Britisch Museum in der Ausstellung zu sehen, die der Dreihundertjahrfeier der englischen Bibelübersetzung gewidmet ist.

Eine Sezmashine in einer Militärdruckerei ist jedenfalls das neuste was vom Tummelplatz des modernen Militarismus berichtet werden kann. Aber es ist schon so. Das Grazer Korpskommando hat in seiner Druckerei einen eisernen Sezermaschine aufstellen lassen und damit allen übrigen 16 Armeekorpsdruckereien in Österreich den Rang abgelassen. Was auf dieser Sezmashine gesetzt werden soll oder wird, können wir noch nicht berichten. Das wird vielleicht erst dann möglich sein, wenn die Parlamentsvertreter in Wien sich einmal darüber unterhalten werden, welche Aufgaben den einzelnen Armeekorps zur Ausfüllung ihrer vielen freien Zeit und zur Vertreibung ihrer Langeweile in Friedenszeiten noch zugewiesen wären.

Einer allgemeinen Einführung der Lateinschrift an Stelle der Fraktur steht der Vorstand des Vereins Deutscher Zeitungsverleger nicht unsympathisch gegenüber. In einem Bericht über eine Vorstandssitzung im März wird zu dieser Frage gesagt, daß der Verein dieser Entwicklung kein grundsätzliches Hindernis in den Weg legen wird; denn mannigfache Gründe sprechen dafür, diese Entwicklung nicht zu hemmen; sondern ihr in gewisser Beziehung freundlich gegenüberzutreten.

Unlauterer Wettbewerb und kaufmännische Klame sind bekanntlich zwei Dinge, die nicht selten miteinander Hand in Hand gehen zum Schaden gesunder, notwendiger und berechtigter Klame. Darum ist es nur zu begrüßen, wenn derartige Auswüchse bekämpft werden und im Notfall auch ihre Bestrafung finden, wie es kürzlich durch ein Reichsgerichts Urteil geschah, durch das ein Kaufmann zu einer Geldstrafe und Erlegung der nicht unbedeutenden Gerichtskosten verurteilt wurde, weil er auf Preislisten Margarine in großen Buchstaben als „Amika-Sandbutter“ empfahl und diese Täuschung dadurch abschwächen suchte, daß er neben dem Haupttitel der Ware die Bezeichnung „Margarine“ nur in ganz kleiner Schrift drucken ließ. Die Strafammer des Landesgerichts fand darin eine absichtliche und strafbare Täuschung des Publikums und verurteilte den Kaufmann dementsprechend, auch das Reichsgericht verwarf die dagegen eingelegte Revision. Wir geben dies unsern Lesern bekannt in der Annahme, daß ähnliche Vorkommnisse durch entsprechende Hinweis an geeigneter Stelle verhütet werden können.

Auch ein „Fachmann“. Daß der Fachmann, also der von der Bitte auf gebiente Buchdrucker, sich auch in den meisten Vertrauensstellungen unseres Berufs bestens bewährt, also der geeignete Kalkulator, der beste Akquisitor usw. ist, diese Tatsache ist von unsern Fachblättern schon zu wiederholten Malen hervorgehoben und gewürdigt worden. Immer aber finden sich Leute, die für einen andern Beruf zu schade waren, um dann zu guterletzt bei uns ihr Glück zu suchen. Haben sie dann ein paar Jahre in der graphischen Branche hinter sich, dann nennen sie sich stolz „Zeitungsfachmann“ und versuchen mit allen Mitteln die „Praktiker“ zu überflügeln und zu verdrängen, ihre eignen Leistungen über die Hutschnur lobend. Selten ist dies jedoch in so auffälliger Weise geschehen, wie in Nr. 23 des „Allgemeinen Anzeiger für Drucker“, wo ein „absolut erstklassiger Zeitungsfachmann“ seine geschätzte Kraft folgendermaßen anbietet:

„Absolut erstklassiger Zeitungsfachmann, weil vorklassisch. 2. Jahre in der Branche, mit Sechshundert gelesenen Wörtern. (Vollständig. Satz- u. Annoncenkenntnis. Erst. Abs. ev. neub. mehrmals u. mehr wie jed. Berufsauss. Propaganda. par excellenc. garant. für jede Mark Porto 8-10 M. Eingang. la. Annoncenorganisator, der insb. in die bei geringen Rollen große Erfolge zu schaffen, sucht per 1. April evtl. auch spät entp. Stellg. Preis 250 M. Gehalt u. ff. Prop. Geil. Angeb. bitte unt. Zeitungsfachmann, Breslau H. post. zu richten.

Daß in der heutigen Zeit, wo es oft schwer ist, Stellung zu erhalten, seitens der Stellejuden in den Anzeigen manchmal recht dick aufgetragen wird, kann niemand übersehen. Wenn aber jemand dabei so skrupellos ist wie obiger Breslauer Zeitungsfachmann, der neben seiner sonstigen vielseitigen Tätigkeit nebenbei als Anzeigenakquisitor von vornherein ein volles Drittel mehr garantiert als ein Berufsaquisitor, dann kann man nur annehmen, daß hier Größenwahnsinn vorliegt oder böswillige Täuschung. Auch die Zusicherung, für jede Mark vorauslagte Portozweck Propaganda 8-10 M. wieder hereinzubringen, ohne daß Betreffender sein neues Tätigkeitsgebiet auch nur aus der Perspektive kennt, ist wirklich naiv. Und wenn man dann noch berücksichtigt, daß dieser Mann auch ein großer Politiker, Feuilletonist, Satiriker usw. usw. ist, so muß man sich nur wundern, daß die Zeitungsverleger sich mit diesem „Phänomen“ noch nicht reizen, wo die Feser mit Heißungern besser Artikel verschlingen. Das Gehalt von 250 M. monatlich nebst kleiner Provision ist für diesen vielseitigen Zeitungsfachmann eigentlich noch viel zu gering bemessen. Der Stil der Anzeige läßt jedoch schon genug zu wünschen übrig, denn es heißt nicht... par excellenc, sondern... par excellenc, wie man auch nicht sagt... mehr wie jed., sondern... mehr als. Man sieht, auch solche Wunderwerke haben ihre schwache Seite, die hoffentlich nicht verhindert, daß sich der absolut erstklassige Zeitungsfachmann demnächst wieder — totarbeiten kann.

Ein Gewerkschaftshaus wurde vom Gewerkschaftsrat in Herborn unter Zustimmung und Beteiligung aller dortselbst bestehenden Gewerkschaften in Betrieb genommen.

Genossenschaftliche Fonds. Entsprechend einem Vorschlage der vorjährigen Generalversammlung des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz und Umgebung hat nun die Verwaltung dieser Genossenschaft eine Vorlage ausgearbeitet, wonach die fakultative Errichtung eines Fonds durch Abänderung der Verfassung in der Generalversammlung am 20. März beschlossen werden soll. Den großen Nutzen eines derartigen Fonds für die in Konsumvereinen zusammengeschlossene Arbeiterschaft und insbesondere für die Gewerkschaftsbewegung haben wir schon mehrmals im „For.“ erläutert und hervorgehoben, weshalb wir auch im vorliegenden Falle glauben nur darauf hinweisen zu müssen, daß besonders die gewerkschaftlich organisierten Mitglieder des Leipziger Konsumvereins in der erwähnten Generalversammlung vollständig vertreten sein sollten, um für eine Annahme der Statutenänderung im Sinn eines obligatorischen und nicht nur fakultativen Fonds für die Mitglieder einzutreten und sich nicht mit den unklaren und unsicheren Bestimmungen über einen Dispositionsfonds abzuweisen zu lassen, wie es durch einen andern Antrag beabsichtigt zu sein scheint. Was die Hamburger „Produktion“ sich leisten kann, sollte für Leipzig nicht als unerreichbar betrachtet werden.

Die Arbeiterbildungsschule in Berlin errichtet im zweiten Quartale d. J. u. a. einen Vorkursus über Theorie und Praxis der deutschen Gewerkschaften. Der Unterricht beginnt am 21. April und wird zehn Abende in Anspruch nehmen. Das Unterrichtsgeld beträgt für den ganzen Kursus 1 M. und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen. Die Aufnahme neuer Schüler erfolgt bei Beginn des Kurses im Schullokal, Grenadierstraße 37.

Handwerk, Fabrik und Kosten der Lehrlingsausbildung sollen bekanntlich auf einer vom Reichsamt des Innern zum 7. April d. J. einberufenen Handwerkerkonferenz teils zweckmäßige Abgrenzung finden, teils schiedlich-friedlich miteinander in Einklang gebracht werden. Dazu hat nun eine vom Sanfband einberufene Konferenz von Handwerkern und Industriellen allgemeine Grundzüge aufgestellt, die bei der erstgenannten Konferenz eine wesentliche Rolle spielen und auch ziemlich viel Aussicht auf Annahme zu haben scheinen. Der Beschluß über die Abgrenzung von Fabrik und Handwerk hat folgenden Wortlaut: „Um eine praktisch brauchbare Grundlage für die noch immer schwankende Grenze der Begriffe Handwerk und Fabrik aus den Kreisen der direkt Beteiligten zu gewinnen, empfiehlt es sich, seitens des Deutschen Handelstags wie des Handwerkeramtes Gut-

achten über diese Frage erstatten zu lassen. Auf Grund dieser Gutachten sollen alsdann allgemeine, für das ganze Reich gültige Bestimmungen erlassen werden. Zur gleichmäßigen Durchführung dieser Bestimmungen soll eine Reichsgutachterbehörde geschaffen werden.“ Die Heranziehung der Industrie zu den Kosten der Lehrlingsausbildung durch das Handwerk soll durch nachstehenden Vorschlag erreicht werden: „Die Industrie leistet für jeden gewerblichen Arbeiter, der eine Lehre bei einem Angehörigen einer Handwerkskammer durchgemacht oder vor dem Prüfungsausschuß einer Handwerkskammer eine Prüfung abgelegt hat, einen Beitrag von 50 Pf. jährlich an die Handwerkskammer des zuständigen Bezirks. Zur Mitbestimmung über die Verwendung der von der Industrie an die Handwerkskammer gezahlten Beiträge kann die Industrie Vertreter zur Handwerkskammer entsenden; desgleichen kann sie Vertreter für den Prüfungsausschuß der Handwerkskammer stellen, wenn es sich um Lehrlinge handelt, die in der Fabrik vorgebildet sind.“

„Verwandte Gewerbe“ im Sinne des § 129 a der Gewerbeordnung sind nach einer Denkschrift der Augsburger Handwerkskammer im graphischen Gewerbe drei vorhanden. Es gehören zusammen Schriftsetzer, Drucker, Stereotypsetzer und Schriftgießer; zweitens Buchbinder, Kartonnagearbeiter, Einmach- und Lebergalanterieverfertiger; und drittens Lithographen, Steinbrücker, Zylographen, Photographen, Lichtdrucker, Farbendrucker, Kupferdrucker, Chemigraphen und Linierer.

Die Verpfändung zur Leistung von Streikbrecherarbeit erkannte merkwürdigerweise das Gewerbegericht in Mülhausen i. E. an. Ringpinnerinnen, die ohne Einhaltung der Kündigungsfrist entlassen wurden, weil sie sich weigerten, die Arbeit einer streikenden andern Berufsgruppe zu verrichten, klagten den Lohn für die Kündigungsfrist ein. Sie bezeichnen die Verrichtung von Streikarbeit mit Recht als gegen die guten Sitten verstößend und hielten sich berechtigt, die Arbeit zurückzuweisen. Das Gericht wies jedoch ihre Klage ab, und sprach ihnen nur die einbehaltenen Strafgebühren zu. Da wäre doch die Frage aufzuwerfen, ob das Gericht auch den gleichen Standpunkt eingenommen hätte, wenn der Unternehmer die Arbeiterinnen wegen Kontraktbruch verklagt hätte, im Falle sie selbst die Arbeit nichtbegeleget hätten? Eine solche Rechtsprechung verlegt das Rechtsempfinden der Arbeiterschaft aufs tiefste und ist nicht geeignet, die Hoffnung auf eine Überbrückung der sozialen Gegensätze zu begründen.

Ein sonderbares Gewerbegericht funktioniert oder läßt sich vielmehr im „passiven Widerstand“ in Bromberg. Arbeiter, die ihre Klagen dort anhängig machen, erhalten gleich nach dem Einbringen der Klage vom Gericht eine sogenannte Empfehlung, daß ihnen vom Gericht ein Vertreter auf ihren Antrag gestellt werden kann. Dem Kläger wird dann aufgegeben, sofort 3 M. einzusenden zur Vertretung der Portoauslagen und 1 M. für Vertretung pro Termin. Die Vertretung läßt dann ein Magistratsdiätar aus. Nach dem vorliegenden Jahresberichte für das Jahr 1910 sind 656 Klagen anhängig gemacht worden. Über nur 181 kamen zur Verhandlung. In dem Berichte wird besonders hervorgehoben, daß es der Gerichtsdirektorierei gelungen sei, in 475 Fällen durch mündliche und telephonische Verhandlungen die Sachen zu erledigen. Von den 40 Verhandlungsterminen, die wirklich stattfanden, wurden nur 19 mit Beifügen abgehoben. Alles andre wurde durch Vergleich beendet. Die rechtshändigen Arbeiter werden stark beeinflusst, auf die angebotenen Vergleichsvorschläge einzugehen, ohne eine Spruchsetzung zu verlangen, die ihnen in vielen Fällen jedenfalls zu größerem Rechte verhelfen würde. Vertretungen der Arbeiter durch Arbeiterangestellte lehnt das Gericht ab. So wurde auch der Arbeiterssekretär als Vertreter abgelehnt, weil er die Vertretung geschäftsmäßig betreibe. Seine Beschwerde beim Landgericht und beim Oberlandesgericht wurde zurückgewiesen mit der Begründung, daß es dem Gewerbegerichte zuzustehen, über seine Zulassung als Vertreter zu befinden.

Ein wichtiges Kapitel der heutigen Wirtschaftstheorie wird es nach dem „Kunstwart“ einmal später sein, wenn die gegenwärtig grassierende „Lenoritis“, von der die Verehrer des zurzeit gefeiertsten Lenors Caruso befallen sind, durch einen Geschichtsschreiber der Zukunft überliefert werden wird. Daß die Wiener Hofoper dem Künstler für einen einzigen Abend 15000 Kronen bezahlt, findet die genannte Zeitschrift mit Recht in keinem Verhältnisse zu den Sagen, womit menschliche Leistungen sonst entlohnt werden. Das traurigste an dieser Geschichte ist der Umstand, daß nach den heutigen Moralbegriffen gerade in solchen Kreisen an derart überschwappten Einkünften von Leistung und Gegenleistung“ am wenigsten Anstoß genommen wird, die bezüglich der Leistung und Gegenleistung eines Arbeiters direkt gegentelliger Ansicht sind.

Briefkasten.

Nach Stuttgart: Vielen Dank! Ihre Materialsammlung wird immer reichhaltiger. Verwendung zum geeigneten Zeitpunkt. Hoffentlich können wir dann durch Ihre wertvolle Unterstüzung noch besser hinter die Kulissen leuchten. — W. J. in Bromberg: Finden in Ihrer Einwendung keinen Anhaltspunkt, um die Sache in gewünschter Sinne zu behandeln. Im Gegenteil stehen wir auf dem Standpunkte, daß die Erstrebung guter und gesellig geregelter Ausbildung auch für die Frauenberufe ebenso notwendig ist wie für Männerberufe. Nur auf diesem Wege dürfte es möglich sein, Auswüchse und

die von gewissenlosen Unternehmern beliebte Ausbeutung der Frauenarbeit und deren Schmutzkonturen zu befeitigen. — W. B. in Offenbach: Die betreffende Broschüre ist uns nicht bekannt. Für freundliche Zusendung wären wir sehr dankbar. — F. M. in Ebern: Auf Wunsch muß ein Zeugnis über die technische Leistungsfähigkeit verabsolgt werden. — M. E. in R.: Nach der gefälligen Vorchrift dürfen junge Leute zwischen 14 und 16 Jahren höchstens zehn Stunden täglich beschäftigt werden. In Nr. 120 des „Korr.“ von 1909 sind die diesbezüglichen Bestimmungen unter „Rundschau“ abgedruckt. — R. D. in Einbeck: Karte traf zu spät ein.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbüreau: Berlin SW 2, Mariendorfer Straße 13, I., Fernsprecheramt VI, 1191.

Gau Elb-Elb-Bohringen. Die dritte ordentliche Gauversammlung findet Pfingstsonntag, den 4. Juni, in Straßburg statt. Anträge sind bis spätestens 1. Mai dem Gauvorstande schriftlich einzusenden.

Gau Posen. Der Gautag findet am 4. Juni in Posen statt. Anträge zum Gautage sind bis zum 10. Mai an den Gauvorsteher einzusenden.

Bezirk Jena. (Gautagsdelegiertenwahl.) Gewählt wurden die Kollegen: Bähringer (Jena), Heerdegen (Saalfeld), Jährmarkt (Jena), Martin (Jena), Wegmeier (Rudolstadt), Schnurbusch (Rudolstadt), Oswald (Rahla), Zetsche (Saalfeld). — Gauwittentasse: Bähringer, Martin (Jena), Heerdegen (Saalfeld), Wegmeier (Rudolstadt).

Bezirk Ostfriesland. (Gautagsdelegiertenwahl.) Ausgegeben 120 Stimmzettel, eingegangen 112, ungültig 1. Es erhielten Stimmen die Kollegen: Kromminga (Beer) 11, Fröhlich (Norden) 95, Wübbenhorst (Aurich) 82, Tenne (Emden) 68, Feeten (Esens) 49, Fischer (Aurich) 38, Julius Wittmund 36, Moritz (Emden) 35, Uffermann (Weener) 30, Huen (Norden) 11. — Die ersten fünf Genannten sind somit als Delegierte gewählt; die Kollegen Fischer und Julius gelten als Ersatzmänner.

Leipzig (O.-Schl.). Der Drucker Johann Pietromski (Gautagsnummer 61876), zuletzt in Leipzig konditionierend, wird hiermit aufgeföhrt, seinen Verpflichtungen dem hiesigen Ortsvereine gegenüber nachzukommen, widrigenfalls Ausschluß beantragt wird.

Karlsruhe. (Ost.) Als Delegierte zum Gautage wurden gewählt: Kirten, Hof, P. Schulz, Erb, Breuer, Kling, Wachsmann, Zink, Weghaus, G. Schulz, Ehrenreich, Guhl, Bieher, Abele.

Rift, Höhn und W. Meier. Ersatzmänner: Dietrich, Gerbert, G. Günther.

Abresenveränderungen.

Lübeck. (Maschinenmeisterverein.) Vorsitzender: Karl Durach, Schützenstraße 59 I.

Speier. (Maschinenmeisterklub.) Vorsitzender: Adam Groß, Sailerstraße 2; Kassierer: Kaver Serr, Armbruststraße 16.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Braunschweig der Seher Willi Hassenberg, geb. in Braunschweig 1890, ausgl. das. 1908; war schon Mitglied. — Wilhelm Reuter, Kastanienallee 40a.

In Eberfeld der Bruder 1. Wilhelm Tiffen, geb. in Calcar (Arens) 1867, ausgl. in Essen 1885; 2. Heinrich van Vooen, geb. in Rotterdam 1859, ausgl. in Duisburg 1877; waren schon Mitglieder. — Heinrich Waeßhahn, Humboldtstraße 53 II.

In Essen die Seher 1. Adolf Wöttge, geb. in Essen 1892, ausgl. das. 1910; 2. Willi Zumbirt, geb. in Münster 1887, ausgl. das. 1905; waren noch nicht Mitglieder. — Otto Kraus in Essen-Rüttenst. Alfredstr. 1a.

In Glogau der Seher Bruno Weinholt, geb. in Bissa i. P. 1882, ausgl. das. 1901; war noch nicht Mitglied. — Oskar Dieb, Kleine Oberstraße 15.

In Görlitz der Bruder Rudolf Lauthert, geb. in Leuben b. Dresden 1893, ausgl. in Berlin 1911; war noch nicht Mitglied. — P. Hiescher, Brautwiesenstr. 18.

In Hamburg 1. der Seher H. D. Schramm, geb. in Borna 1881, ausgl. das. 1900; 2. der Schweizerdegen Max Grnatis, geb. in Wda (Westpreußen) 1864, ausgl. in Elbing 1884; waren noch nicht Mitglieder; 3. der Seher Ustarius Raitinen, geb. in Kangasniemi (Finnland) 1885, ausgl. in Tampere (Finnland) 1905; war schon Mitglied. — W. Dreier, Besehinderhof 57.

In Harburg der Seher Emil Waltereit, geb. in Braunschweig 1883, ausgl. in Harburg 1902; war schon Mitglied. — Adolf Wiesel in Lüneburg, Untere Ohlinger Straße 36.

In Rattowik der Schweizerdegen Max Lustig, geb. in Kleinrednitz (Sachsen) 1891, ausgl. in Breslau 1909; war noch nicht Mitglied. — L. Baumgart, Holteistr. 13 II.

In Königsberg (N.-M.) der Seher Johannes Neulede, geb. in Schwedt a. D. 1884, ausgl. das. 1902; war schon Mitglied. — Otto Müller in Frankfurt a. D., Oberstraße 5 II.

In Lübeck der Seher Wilhelm Bierhahn, geb. in Plau (West-Schl.) 1881, ausgl. in Gifstrow 1900; war schon Mitglied. — O. Zandke, Blaudstraße 28 I.

In Ludwigsburg der Seher Adolf Krog, geb. in Neudorgründen 1882, ausgl. in Ludwigsburg 1899; war schon Mitglied. — In Pforzheim der Schweizerdegen Otto Weith, geb. in Uelshelm, ausgl. in Freiburg i. Baden 1903; war schon Mitglied. — In Stuttgart 1. der Maschinenseher Heinrich Hopfel, geb. in Sinatengrün 1887, ausgl. in Wunstel 1904; 2. der Seher Walter Schnell, geb. in Stuttgart 1890, ausgl. das. 1909; waren schon Mitglieder. — Karl Amie in Stuttgart, Heutzigstraße 54 p.

In Wylowitz 1. der Seher Simon Brudner, geb. in Modrzew (Russ. Polen) 1891, ausgl. in Sosnowice (Russ. Polen) 1911; war noch nicht Mitglied; 2. der Schweizerdegen Waldeemar Weil, geb. in Breslau 1882, ausgl. das. 1900; war schon Mitglied. — H. Blas in Weuthen (O.-Schl.), Parallelstraße 12 I.

In Wlauen der Seher Otto Paul Göffel, geb. in Reichenbach (Vogtl.) 1888, ausgl. das. 1907; war noch nicht Mitglied. — G. W. Stoy in Chemnitz, Jahnstr. 20.

In Schleswig der Seher Paul Koppel genannt Kaiser, geb. in Luma 1879, ausgl. in Klosterlausitz 1893; war schon Mitglied. — Martin Prüter in Kiel, Schauenburger Straße 34 p.

In Weifenfels a. S. der Seher Alfred Schilling, geb. in Reiz 1890, ausgl. in Weifenfels 1908; war noch nicht Mitglied. — G. Schuricht in Reiz, Weinaer Straße 24 II.

Arbeitslosenunterstützung.

Bielefeld. Vom 1. April ab befindet sich der Fremdenverkehr in der vom hiesigen Gemerkchaftsamtelle neu errichteten Zentralherberge, Heeper Straße 52 (Frees).

Verfallungskalender.

Henshin-Heppenheim. Verfallung Sonntag, d. 26. März, nachmittags 3 Uhr, in Hensheim, im Gasthause „Zum Watseller“.

Eberfeld. Verfallung Samstag, den 1. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Wolfsbau“, Bombüchel 6.

Banan. Bezirksversammlung Sonntag, den 30. April, nachmittags 1 1/2 Uhr, in der „Brauerei Schwind“, Erbenstraße. Anträge bis spätestens 22. April an den Vorsitzenden.

Biersberg i. Schl. Verfallung Sonntag, den 2. April, vormittags 10 Uhr, im Gasthause „Zum goldenen Schweiß“, Markt.

München. Generalversammlung (Fortsetzung) Donnerstag, den 30. März, abends 8 Uhr, im „Matthäusbau“.

Potsdam-Hennahsberg. Maschinenmeisterversammlung Sonnabend, den 1. April, abends pünktlich 8 Uhr, bei G. Petich, Wabelberger Straße.

Beilenmas mit sämtlichen Einteilungen 20 Pf. 50 Pf. 1.00 Pf. 2.00 Pf. 3.00 Pf.

Das Beste für Adressenheker!

Arbeiten aus der Praxis als Muster-Vorlagen für Seher und Drucker

Mappe 1
12 Quartseiten mit 18 Gabelspielen von Briefbogen und Kuverts

Preis 1 Mark + 20 Pf. Porto

Zu beziehen gegen Voreinsendung oder Nachn. des Betrags vom Verleger W. Piepenhneider Braunschweig 1 + Schuppenstedter Straße 60

Verein Leipziger Buchdrucker- und Schriftgießergehilfen.

Freitag, den 31. März, abends 7 1/2 Uhr, im „Volkshaus“, Zeiger Straße:

Generalversammlung

Tagesordnung: 1. Bekanntgabe der Wahl und Entlastung der Mitglieder des Vorstandes; 2. Prüfung des Rechenschaftsberichts; 3. Entlastung des Vorstandes für die gelegte Rechnung; 4. Wahl der Bibliothekare und Revisoren sowie der Mitglieder zum Festausschuss und der Offizialkommission; 5. Festsetzung der nach § 6 des Statuts erforderlichen Beiträge; 6. Bewilligung einer Remuneration für die Bibliothekare und Revisoren; 7. Bewilligung einer Remuneration für den Tarifvertreter; 8. Geldbewilligung für die finnländischen Kollegen.

Zu zahlreichem Besuche ladet ein
Der Gauvorstand: Karl Engelbrecht, 1. Vorsitzender:

Hunderttausende Kunden. Viele tausend Anerkennungen.

Jonass & Co.
Berlin SW. 247.
Belle-Alliance-Straße 3
Vertragsgelieferter vieler Beamtenvereine, liefern auf bequeme Teilzahlung.
Hochinteressanter Katalog mit über 4000 Abbildungen umsonst und portofrei.

Buchdruckerei

in Meiner Stadt Mitteldeutschlands mit Buchbinderei, f. Feilschriften, besseren Wert, Katalog und Adressbücher besonders gut eingerichtet, ist sofort sehr billig zu verkaufen. Werte Off. unter Nr. 682 an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Notationsmaschinenmeister

Zur selbständigen Bedienung einer Augoburger Zwillingen-Notationsmaschine für den Nachbetrieb per Mitte April oder früher nach München gesucht. Er muß mit der Maschine völlig vertraut und in der Lage sein, dem Selbstbesitzer vorzutun. Werte Offerten mit Zeugnissen, Zeugnisabschriften und Angabe des frühesten Eintritts unter A. B. 651 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Jüngerer Stereotypist, ferner o. Galvanoplastiker, die i. Rüstschab. besch. war, s. sofort hier gesucht. Meldeung. Aufsch. in Bohrn. an der G. Weg. Wien VIII. Buchfeldgasse 6.

Tüchtige Stempelschneider

auch längere geschickte finden in Leipzig Stellung. R. Offerten unter 668 an die Geschäftsst. d. Bl.

Tüchtiger Mund- und Flachstereotypist

sucht sofort oder später dauernde Stellung. Werte Offerten erbeten unter 679 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Anhang zum Tarife von Konrad Eichter.

Preis des Exemplars 10 Pf. (3 Pf. Porto). Begehungen neigen die Herren Bediensteten nähe sowie Gg. Böhm, Leipzig, Salomonstraße 8, entgegen.

Dresdner Buchdrucker-Gesangverein.

Leitung: Konfliktler Theobald Werner.

Sonntag, den 2. April, abends Punkt 7 Uhr, im großen Saale des „Vereinshaus“ (Ringendorffstraße 17):

Konzert

Mitwirkung: Konzertfängerin Doris Walde (Sopran), Konzertfänger Paul Richter (Tenor), Guido Gähler (Bariton). Leitung: Theobald Werner. Programm: Gdör- und Soli von Becher, Sibelius, Ständing und Werner. Eintrittskarten mit Programmheft zu 55 und 65 Pf. (einschl. Billetsteuer), Stehplatz 30 Pf. beim Verwalter Theobald, Marktendstraße 7, in der Konzertsaalhandlung G. H. Neumann, Augustusstraße, Musikantenhandlung J. Günther, Biogelstraße 24 und bei den aktiven Mitgliedern.

H. MATHAEUS DESSAU
Agneststr. 23
Katalog gratis u. f. r.

Stuttgarter graphisches Versandhaus
P. Sailer,
Rotebühlstraße 64
Th. Leibius Nachf.
Preisliste gratis u. franko.

Am 22. März verstarb unser wertes Mitglied, der Maschinenmeister
Karl Klages
im Alter von 85 Jahren. 1688
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Der Drucker- und Maschinenmeisterverein Hannover.

Nachruf!
Ihrem nach langer Krankheit am 21. März dahingeschiedenen Kollegen, dem Schriftsetzer
Max Gimpel
ein Ruhe sanft! 1684
Leipzig, den 26. März 1911.
Die Kollegen der Firma Hallberg & Blühting.

Fachgeschäft K. Siegl, München 9
Richard Müllers Bilderverein (und.) - Ullrichstr. 3.
Illustrierter Katalog unentgeltlich und frei.

Am 28. März, 9 Uhr nachmittags, verstarb sanft nach langem schwerem Leiden unser lieber, treuer Kollege, der Setzer
Fritz Noah
aus Eydkühnen, im 83. Lebensjahre.
Ein dauerndes Andenken bewahrt ihm
Der Ortsverein Potsdam. 1685